

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Pernsdorf, Seltendorf, Neu-Satzbrunn, Weiskeln, Waglersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Millimeterzeile ab, deren Raum 10 Goldpfennige, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Kella me-Beel: Die Millimeterzeile 3 spaltig, aber deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Montag, 2. Februar 1925.

Bezugspreis: Bei wohntlich 5 maligem Erscheinen monatlich 4,00 bei wohntlich 30 mal. Einzeln durch Straenpost, a. Post 10 Pf. Abhaltung und Expedition Breslau, Lebniger Straße 60, — Postfach 2000 Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau, Ring 9337.

Bergarbeiter rüstet!

Die mitteldeutschen Kumpels gehen voran.

(Eigener Drahtbericht.)

Halle, 2. Februar 1925.

In einer am Sonntag stattgefundenen Betriebskonferenz der Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands, die sehr stark besucht war, stellten die anwesenden Delegierten fest, daß die Lage der Bergarbeiter durch das letzte Tarifabkommen sich erneut verschlechtert habe. Nach eingehender Prüfung der Wirtschaftslage im Braunkohlengebiet kamen die Delegierten zu der Auffassung, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, folgende Forderungen für die Bergarbeiter zu stellen:

1. Sofortige Einführung der Siebenstundenschicht
2. Lohnerhohung.

Im Zusammenhang hiermit forderten die Bergarbeiter-Delegierten die sofortige Freilassung der 7000 politischen Gefangenen, damit sich dieselben in den Wirtschaftskampf der Arbeiter einreihen können. Die Bergarbeiterkonferenz schloß mit dem einigen Willen, den Kampf für obige Forderungen aufzunehmen.

Die mitteldeutschen Bergproleten haben also den Kampf angenommen. Der Haller Betriebsratenskongre ist der Auftakt für den Kampf um die Forderungen, die die Bergarbeiter in allen Bergrevieren stellen.

Auch die Waldenburger Bergarbeiter müssen infolge ihrer recht weit schlechteren Wirtschaftslage die Forderungen der Haller Konferenz als die ihren ansehen. Im Waldenburger Bergrevier haben wir zu verzeichnen, daß die Kohlenförderung des Jahres 1924 bereits die Förderung des Jahres 1913 überschritten hat. Die Grubenbarone können nicht über geringe Gewinne klagen, sondern haben nicht nur während der Zeit der Inflation, sondern auch nachher es verstanden, den Waldenburger Bergarbeitern systematisch die Löhne zu furgen und ihnen ihre ertunenen Rechte zu nehmen. Die vielen Unglücke in letzter Zeit

beweisen, daß der Hunger und die lange Arbeitszeit unabhanglich länger anhalten können. Wenn die Waldenburger Bergarbeiter nicht völlig ihrem Schicksal verfallen wollen, müssen sie sich dem entbrennenden Kampf der Bergarbeiter in allen Bezirken Deutschlands anschließen und müssen sich schon heute für diesen Kampf rüstet. Niedrigste Löhne, höchste Lebensmittelpreise, zeichnen den schlesischen Bergarbeiter von den anderen Bergarbeitern aus. Die schlesischen und ober-schlesischen Bergarbeiter werden trotzdem ihren Mann stehen, wenn es endlich heißt für bestimmte Forderungen zu kämpfen. Die Siebenstundenschicht ist heute mehr denn je die erste Forderung der Bergarbeiter, denn durch sie wird ebenfalls die Zahl der Arbeitslosen bedeutend vermindert. Parallel der Arbeitszeitverkürzung muß gehen eine Lohnerhohung, denn mit den letzten Schiedspruchen ist es für einen Familienvater unabhanglich, seine Familie zu ernähren. Die Gewerkschaften erkennen an, daß die Einführung der Siebenstundenschicht und die Lohnerhohung Notwendigkeiten sind. Sie denken jedoch nicht daran, den Kampf für diese minimalsten Lebensrechte der Bergarbeiter aufzunehmen. Es bleibt die Pflicht der Betriebsräte den Kampf für die Forderungen zu organisieren. In Kürze finden die Betriebsratewahlen statt. Es ist die Pflicht der Bergarbeiter, Betriebsräte zu wählen, die geeignet sind, Führer der kommenden Wirtschaftskampfe zu sein.

Englische Bergarbeiter für die 5-Tage-Woche.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 1. Februar.

Gegenwärtig arbeiten die schottischen Bergarbeiter 11 Tage in 2 Wochen. Die Vertreter der Bergarbeiter sind von der Bergarbeiter-Gewerkschaft verurteilt worden, daß diese von der zweiten Woche im Februar angefangen, entschlossen seien die Fünftagewoche durchzusetzen. Der Vertreter der Unternehmer hat das Einverständnis für diesen Vorschlag verweigert.

auffälliger Weise in das Lokal hineingegangen sei und dabei einen großen Gegenstand unter ihrer Schurze getragen habe. Diese Zeugen, die ebenso wie der nachher vernommene Beamte Kroll vorläufig nicht vereidigt werden, wollen schon am Vorabend des ersten Kampftages erfahren haben, daß „der Krach losgehen solle“ und wollen schon früh 4 Uhr am 23. Oktober von ihrem Hause aus die Kampfvorgange beobachtet haben. Die Antworten, die sie auf verschiedene eindringliche Fragen schließlich geben.

wischen in bezug auf die entscheidenden Einzelheiten schließlich sehr scharf voneinander ab.

Genosse Köppen stellt fest, daß sein Eintreten für eine vom Hausbesitzer brutal behandelte und schließlich nach der Verhaftung Koppens auch aus dem Hause hinausgeworfene Witwe (Untermieterin) den alten Biol zu seinem Feinde gemacht habe. Der Zeuge Kroll, der dasselbe bekundet wie die Familie Biol, erklärt außerdem, daß er auf Grund einer Mitteilung seines Jungen

schon am Vorabend der Polizei vom dem bevorstehenden Aufstand Anzeige erstattet

habe. Der Zeuge erklärt, daß er parteilos sei. Die übrigen am Sonnabend vernommenen Zeugen berichten nichts Wesentliches. Zwei von ihnen, beide Arbeiter, wurden wegen Verdachts der Beteiligung am Aufstand nicht vereidigt, der eine von ihnen verweigert überhaupt die Aussage.

In der Nachmittagsverhandlung war in der Hauptsache von einem Lastkraftwagen die Rede, von dem in der Nacht vor den Kämpfen auf dem Hofe hinter dem Lokal Koppens angeblich Munitionskisten abgeladen worden seien. Genosse Köppen selbst bestreitet dies mit aller Entschiedenheit und verweist auf die technische Unmöglichkeit, ein Lastauto über den Plankezzaun hinter sein Haus zu bringen. Die weiteren Zeugenaussagen der Nachmittagsverhandlung waren unwesentlich. Am Schluß der Verhandlung beantragte Genosse Köppen die Ladung von sieben Entlastungszeugen.

Laut Ankündigung des Gerichtsvorstehenden wird am Dienstag der Kommandeur der Hamburger Polizei, Oberstleutnant Danner, über die „Niederschlagung des Hamburger Aufstandes“ und über die dabei verwandten Mittel dem Gericht Vortrag halten.

Chemiearbeiterstreik.

(Eigener Drahtbericht.)

Wiesbaden, 2. Februar.

In Viebrich bei Wiesbaden sind 2500 Chemiearbeiter der Firma Dileroff Löhne, Scheidewantel, Pharmaceutische Werke, auf Grund der Ablehnung von Lohnerhohungen durch das Schiedsgericht in den Streik getreten.

Vom Tage.

Der preussische Ministerpräsident, Sozialdemokrat Braun, hat auf Drängen des Zentrums mit den Deutschen Nationalen Verhandlungen angeknipft.

Die freien Gewerkschaften erlassen einen Aufruf zum „Schutz der Republik“, der eine maßlose Provokation eines großen Teiles der Gewerkschaftsmitglieder bedeutet. Von der Gewerkschaftslosigkeit ist darin keine Rede.

Der Berliner „Vorwärts“ lehnt es unter den kocherlichsten Vorwänden ab, gemäß der Einladung der Delegation der Putilow-Werke eine Arbeiter-Delegation nach Rußland zu entsenden.

Die französische Presse äußert sich sehr lobend über die ferdire, sich an die Entente-militaristen anbietende Rede Rathens.

Die II. Internationale billigt durch den Bericht der eingesehten Wiener Kommission den Gorthy-Pakt der ungarischen Sozialdemokratie.

Der Versuch zur juristischen Erdrosselung der KPD.

Von Arthur Rosenberg.

Der Versuch des Generals v. Seeckt, durch sein Verbot der KPD den deutschen Kommunismus tot zu machen, ist vor einem Jahr völlig gescheitert. Als verbotene Partei hat sich die KPD, damals an allen Landtags- und Kommunalwahlen beteiligt und uberrall erstaunliche Erfolge erzielt. Die deutsche Bourgeoisie sah ein, daß sie auf diesem Wege nicht weiterkommen konnte. So hat Herr Ebert den militärischen Ausnahmezustand aufgehoben und die KPD wieder legalisieren müssen.

Nach dem Mißerfolg des plumpen brutalen Parteiverbots haben die Drahtzieher der deutschen Bourgeoisie einen neuen Weg eingeschlagen. Sie wollen eine bestimmte Praxis der Rechtspflege durchsetzen, die ohne allzu großes Aufsehen und ohne sensationelle Verordnungen zum gleichen Ziele führt. Die deutsche Justiz hat die Hochverratsprozesse im Zusammenhang mit dem Ereignis von 1923 so organisiert, daß daß dabei tatsächlich jede kommunistische Parteiarbeit unmöglich werden soll. An der Spitze marschiert dabei selbstverständlich der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik.

Der Staatsgerichtshof ist überhaupt ein rein politisches Kampfinstrument zur Niederschlagung des Proletariats. Es ist auerst interessant, daß in erster Linie schwarzgoldene Männer den juristischen Vernichtungskrieg gegen die KPD führen. Der Präsident des Staatsgerichtshofs, Herr Kiedner, der Mann, der die Kommunisten „an die Wand stellen“ will, ist eifriger Demokrat und Republikaner. Der Oberreichsanwalt Ebermayer ist ständiger Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, was seine politische Richtung hinlänglich charakterisiert. Dazu kommt der politisch einflureichste Beisitzer des Staatsgerichtshofs, der Sozialdemokrat Wolfgang Heine. Diese Leipziger Herren arbeiten einig zusammen mit dem Berliner Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Vogt, sowie mit dem bisherigen Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joel. Herr Joel ist einer der erbittertesten Feinde des Kommunismus und der Annerstie in Deutschland. In der Praxis zeigt es sich jedes Mal, daß das preussische Innenministerium unter Herrn Sebering die Akten des Staatsgerichtshofs auf jede Weise mit polizeilichen und agitatorischen Mitteln förderte, und ein glücklicher Zufall spielte uns den urkundlichen Beweis in die Hand, daß Herr Vogt bei einer Hauptaktion gegen die KPD, bei dem Ueberfall auf die kommunistische Reichs- und Landtagsfraktion, vorher von Herrn Ebert Instruktion empfangen hatte.

Der Herr Reichspräsident an der Spitze des raffinierten Manövers, um die KPD juristisch zu erdrosseln! Bei der politischen Rolle, die Herr Ebert spielt, wird sich niemand über diese Tatsache wundern. Aber man kann noch weiter gehen. Der große persönliche Einfluß, den der englische Botschafter in Berlin auf Herrn Ebert ausübt, ist jedem Eingeweihten bekannt. Herr Ebert verfolgt bei seiner Aktion gegen den Kommunismus wesentlich die Linie des englisch-amerikanischen Kapitals. Es ist kein Zufall, daß der Justiz-Feldzug gegen die KPD in denselben Wochen begann, in denen der Sachverstandigenplan in der deutschen Politik auftauchte. Die Erledigung der Partei der proletarischen Opposition ist ein ebenso notwendiges Stück zur Bollendung der Dawespolitik wie etwa die Bildung der neuen Reichsbahn-Gesellschaft.

Sozialdemokraten und Bürgerliche stürzen kommunistischen Stadtverordnetenbarthele.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 1. Februar.

In der Neuwahl des Stadtverordnetenvorsitzers in Suhl gab der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung die Erklärung ab, daß sie nicht mehr für den langjährigen kommunistischen Vorsteher Guido Seim können wählen, weil er es nicht verstanden habe, die immer wieder auftauchenden Klassengegenstatze zu überbrücken. Bei der Abstimmung stimmte aber die Sozialdemokratische Fraktion nicht für einen eigenen Kandidaten, sondern geschlo sich für einen ausgesprochenen Reaktionskandidaten. Vertreter der scharfmacherischen Industriellen von Enns und Umgegend. Mit den fünf Stimmen der Sozialdemokraten und den zwölf bürgerlichen Stimmen gelang es so, über die elf Kommunisten zu „siegen“, dem Kommunisten zu stürzen und den Industriellenvertreter in den Sattel zu heben. In anschließender Sitzung bestanden die Bürgerlichen denn auch gleich die Erwerblosen von Suhl als notorische Faulenzer, was die Sozialdemokraten mit Lächeln, die anwesenden Erwerblosen aber mit Empörung aufnahmen.

Die Sozialdemokraten heulten wie die Schlohunde, weil die Kommunisten in den Parlamenten keine Sozialdemokraten mehr wählen, sondern uberrall ihre eigenen Kandidaten aufstellen. Der Fall in Suhl ist ein erneuter Beweis für die Nichtigkeit der kommunistischen Taktik, denn er zeigt, daß die sozialdemokratischen Führer so auf Geheiß und Verderb mit der Bourgeoisie verbunden sind, daß sie stets die Verbündeten der Bourgeoisie sind.

Vom Hamburger Prozeß.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 2. Februar.

Die Zeugenvernehmung im Urbahn-Prozeß wird auch heute fortgesetzt werden. Als „großer Coup“ des Staatsanwalts rudte am Sonnabend gegen den Genossen Köppen die Familie Biol-Kepaschke ins Feld. Diese Familie wohnt in einem Hause schräg gegenüber dem Lokal des Genossen Köppen. Die heute vernommenen Brüder Arthur und Fritz Biol, ihre Schwester und ihr Schwager haben allerdings den Genossen Köppen in den Aufstandstagen selbst gar nicht gesehen. Sie behaupten alle mit auffällender Uebereinstimmung in gewissen Worten und Ausdrücken, daß die Frau des Genossen Köppen zwischen der Gastwirtschaft und den Barrikaden hin- und hergewandert, mit einer Schurze von kampfbereiten Arbeitern in letz-

Vom Muer-Prozess.

Blumen für Arco, Freiheit für Erhardt, Glückwunschtelegramm an Ruhr — das ist der Kampf der Muer-Partei gegen die Monarchie.

München, 31. Januar.

Die „Soldatenzeitung“ Auer.

Die Jengenausgabe des Eisner-Mörders.

In der Verhandlung am 30. Januar wird als erster Zeuge Graf Arco-Walley, der Mörder Eisners, vernommen. Er sagt aus: Seit jenem Weihnachtsabend in der Türkenkaserne habe ich meines Wissens bis heute nicht mehr Herrn Muer gesehen. Von einer Beeinflussung durch den Abgeordneten Muer auf meine Zeit kann keine Rede sein. Die 5. Kompagnie, deren Führer ich war, hatte einen Weihnachtsabend arrangiert, wozu der Stadtrat weiße Semmeln gestiftet hatte. Da kam mein Bataillonkommandeur Brantl zu mir und erklärte, ich solle mich eilen auf einen Besuch durch den damaligen Minister Muer. Da mir bekannt war, daß gerade diese Nacht ausgenutzt werden sollte zu irgendwelchen Angriffen der Bolschewisten und es war scheinbar auch ein Komplott gegen Muer angenommen, so wurde er aufgefordert, zu seiner Sicherheit in die Türkenkaserne zu kommen. Bei der Feier abends sahen wir längere Zeit nebeneinander.

Ich habe mich dort sehr eingehend mit Muer unterhalten. Soviel ich mich erinnern kann (er war von einer Befestigung Eisners durchaus nicht die Rede. Auf den Wortlaut des Gespräches kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Wir Offiziere haben Muer gegenüber etwas Abstand gewahrt, obwohl wir damals gegen die Bolschewisten mit ihm einer Einesauffassung waren. — Ich komme nunmehr auf die Blumenstrauch-Affäre zu sprechen.

Ich war erstaunt, als mir Herr Muer einen Rosenstrauch überreichte. Es kam eine von den Töchtern Auer's mit weißen Crêpehauben und einer Hüteart (der Zeuge legt sie so vor, daß der Berichterstatter die Schriftzüge Auer's erkennt), die die Worte enthielt:

Mit den Wünschen bester Genesung Ihr Erhardt Auer.

Ich sagte gar nichts und damit war die Sache erledigt.

gegen die Bolschewisten mit ihm einer Einesauffassung waren. — Ich komme nunmehr auf die Blumenstrauch-Affäre zu sprechen.

Ich war erstaunt, als mir Herr Muer einen Rosenstrauch überreichte. Es kam eine von den Töchtern Auer's mit weißen Crêpehauben und einer Hüteart (der Zeuge legt sie so vor, daß der Berichterstatter die Schriftzüge Auer's erkennt), die die Worte enthielt:

Mit den Wünschen bester Genesung Ihr Erhardt Auer.

Ich sagte gar nichts und damit war die Sache erledigt.

Der Reichsbannermann Risch, feinerzeit Vorsitzender der Frontdelegierten, tritt als nächster Zeuge auf und verbreitet sich über die Nacht in der Türkenkaserne. Es wurde der Voranschlag gemacht, Muer sei früher Angehöriger der 5. Kompagnie gewesen und da dieselbe am gleichen Tage ein Weihnachts- und Abschiedsfest veranstaltete, so solle man ihn dazu einladen. Ich ging wieder zu Muer, hielt ihm das vor und da sagte Muer zu mir:

Jetzt haben Sie mich bei meiner Soldatenzeitung angepackt, jetzt gehe ich mit. Wir besprachen uns dann, daß ich ihn in seiner Wohnung abholen werde und habe ihn dann auch in die Türkenkaserne gebracht.

Auer's Sympathien für Erhardt.

Der sozialdemokratische Stadtrat Schmüger sagt über die Stellung Auer's zum Kappisten Erhardt aus: Erhardt Auer kam bei einer Parteiauscheidung auf die rechtspolitische Bewegung zu sprechen und auch auf den Fall Erhardt. Er meinte, es würde zu wenig Material vorhanden sein und es wäre am besten, wenn die Sache glatt ausginge, damit die Rechtsopposition nicht wieder geschlossen würde.

Dem Zeugen wird die Stelle der Broschüre vorgehalten, die besagt, Erhardt Auer habe eine Versicherung gemacht, aus der hervorgehe, Erhardt sei nicht mehr lange in Leipzig und es wäre am besten, wenn die Sache niedergeschlagen würde.

Zeuge: In diesem Sinne hat es Auer nicht erklärt, er sprach wohl davon, daß Erhardt nicht mehr lange in Leipzig sitzen würde.

Auer schien es zweckmäßig, wenn man Erhardt letzten Hebe.

Das Glückwunschtelegramm an von Ruhr.

Nun wird Frau Toni Bülls, sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, aufgerufen. Ueber das Glückwunschtelegramm Auer's an Ruhr befragt, erklärt sie:

Ich weiß, daß, nachdem Hoffmann gegangen ist, ein Glückwunsch des Herrn Auer an Ruhr ging.

Braun-Severing und die unteren Beamten.

Zur alten und zur neuen Preußenregierung.

Die sozialdemokratische Presse versucht mit allen Mitteln die angebliche „Arbeiterfreundlichkeit“ der verflohenen Regierung Braun-Severing herauszufstreifen. Sie versucht besonders den Staatsarbeitern und Beamten einzureden, daß die Kommunisten durch ihre Taktik die Interessen dieser Schichten schwer geschädigt hätten. Wie es in Wirklichkeit mit der „Fürsorge“ der sozialdemokratischen Koalitionsregierung für die Staatsarbeiter und unteren Beamten ausah, dafür heutzutage zwei Beispiele.

Im Sommer 1923 erhielt im Beamtenauschuss des Reichstages das Beamtenrätengesetz eine Fassung, die den Beamtenräten ein gewisses Bestimmungsgewalt und damit einen gewissen Schutz gegen die Willkür reaktionärer Oberbeamter sicherte. Daraufhin heftiger Protest der Reichsregierung und der Völkervereinigungen mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun an der Spitze, der das Gesetz für „unannehmbar“ erklärte. Er mußte sich damals sogar von seinen demokratischen Koalitionsgenossen lassen, daß er sich in nichts von den schlimmsten Reaktionen unterscheiden.

Aber es kommt noch heftiger. Im Dezember vorigen Jahres machte der Allgemeine Deutsche Beamtenbund an das preußische Staatsministerium eine Eingabe, in welcher durch eingehendes Zahlenmaterial festgestellt wurde, daß die preußischen Beamten noch nicht einmal die genügenden Gehaltsätze der Reichsbeamten bezögen. Er forderte vom preußischen Staatsministerium einen Ausgleich in der Weise, daß zunächst die Gehälter der preußischen Beamten denen der Reichsbeamten angeglichen werden und daß überall da eine entsprechende Erhöhung vorgenommen wird, wo eine Differenz vorkam. Der gleichartigen preußischen Beamten befehlt.

Wir haben bis heute nichts davon gehört, daß dieses selbstverständliche Verlangen erfüllt worden ist. Vier Jahre so-

zialdemokratischer Ministerherlichkeit in Preußen haben es nicht vermocht, den unteren Beamten zu ihren einfachsten gesetzlichen Rechten zu verhelfen!

Diese zwei Beispiele sind weitere Beweise dafür, wie richtig die kommunistische Fraktion gehandelt hat, als sie diesen Schicksalshaltern der Reaktion ihr Mißtrauen ausdrückte.

Hungernde Proleten — fünf Jahre ins Gefängnis.

Die Rache an den Ruhrkämpfern.

(Eigener Drahtbericht.)

Am 2. Februar. Vor dem Schöffengericht Essen standen 12 Arbeiter, die zur Zeit der Inflation und der gemaltigen Arbeitslosigkeit während der Ruhrbesetzung mit anderen Arbeitern von verschiedenen Geschäftslenten die Herausgabe von Lebensmitteln gefordert hatten.

Sie wurden deshalb wegen Landfriedensbruch zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu einem Jahr insgesamt zu 61 Monaten Gefängnis verurteilt!

Aus der Partei.

Ortsgruppe Chemnitz für den Ausschluß Brandlers.

Eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Chemnitz beschloß mit etwa 500 gegen 11 Stimmen nach einem Referat über Leninismus und Trotzkismus, den Antrag der Berliner und Hamburger Organisation auf Ausschluß Brandlers aus der Partei zu unterstützen.

Vorbildliche Arbeit.

Von einem Gesoffen in Bottrop wurden 8 Abonnenten für das Ruhr Echo und 14 Mitglieder für den B.A.B. gewonnen.

Aus einer Werkstatt des Dortmunder Stadions hat ein Genosse 32 Abonnenten gewonnen.

Gesichter brennen vor Begeisterung, tausende von Händen strecken sich dem Genossen Wassilow entgegen, der im Reiseanzug in ihrer Mitte steht.

„Wassilow, sag' denen da drüben, daß wir hier nicht schlafen!“ rief jemand, mit der Wähe winkend. „Wir werden unsere Zeit nicht verpassen!“

„Grüße Lenin!“ rief ein anderer. Die Menge drängte von allen Seiten; man konnte bemerken, daß sie gestilltlich keinen Menschen an den Genossen Wassilow herankommen ließ, der nicht zu ihr gehörte. Auf der anderen Seite des Quais erblickte Lepsius die Vertreter der Bourgeoisie: Bankier Westlinghaus mit einer eleganten Handtasche und einem Monokel; unweit von ihm stand die hochförmige Grace, die ihren Vater unruhig hin- und herzerrte und suchende Blicke um sich warf. Damen und Kavaliere in Smoking von der Fifth-Avenue begleiteten sie, vergeblich suchten sie unter einem Zeltdache Schutz vor dem Regen. Aber das Haullein der feinen Neuyorker, die sich in Europa zerstreuen wollten, verlor sich in der tausendköpfigen Menge von Arbeitern, die dumpf wie das Meer mochte. Schulkleute stellten sich an, als wenn sie die Menge dirigierten, in Wirklichkeit wurden sie von den Arbeitern wie Fußballbälle hin- und hergeschleudert.

Lepsius drängte sich durch die Menge, dicht an Bord des „Torpedo“ heran, von dem die Köpfe der Mannschaft herausragten.

„Rowalkowsk!“ rief jemand. „Die Schiffstreppe muß heruntergelassen werden, geben Sie den Befehl!“

Ein junger Offizier, pausbädig wie ein Amor, rannete fort. Lepsius sah ihn prüfend an, nahm sein Notizbuch heraus, wo die drei Namen standen:

1. (Obsthändler Soert),
2. (Professor Hjort),
3. (Steuermann Rowalkowstn),

und strich den letzten Namen aus.

Inzwischen sahen zwei Männer auf der Ankerlinie des „Torpedo“ und unterhielten sich flüsternd. Der eine von ihnen war der Schornsteinfeger Tom, der andere der Mechaniker Bisz.

„Wie läßt dir sagen, daß Rodesellers Abwesenheit viel verdächtiger ist, als seine Abwesenheit es gewesen wäre. Wie fürchtet um Wassilows Leben. Paß' auf, Bisz, bewache ihn, schon dich nicht...“

Aus den letzten Urteilen des Staatsgerichtshofes gegen Kommunisten läßt sich folgende Konstruktion entnehmen:

Erstens: die KPD bekennt sich seit dem Zusammenbruch der Brandler-Politik im Herbst 1923 zur Diktatur des Proletariats. Also bereitet die KPD ständig einen Hochverrat vor. Es ist freilich nach dem Urteil der Richter ein Hochverrat zu einem unbestimmten Termin (!). In dieser Konstruktion liegt eine unerhörte Rechtsbeugung. Man kann es keiner politischen Partei verwehren, Propaganda für eine andere Staatsform zu machen. Die Deutschnationalen machen jeden Tag Propaganda für die Monarchie, und es ist ebenso unmöglich, die Weimarer Republik auf gelegentlichen Wege in eine Monarchie umzuwandeln wie in eine Räte-diktatur. Die gegenwärtige Staatsform wird von den bürgerlichen Parteien so ernst genommen, daß unsere jetzige „republikanische“ Reichsregierung am ersten Tage ihres Bestehens darüber abstimmt, ob sie für die Republik oder die Monarchie sein werde. Es ist keinem Menschen eingefallen, etwa den Minister Schiele als Hochverräter zu bezeichnen, weil seine Deutschnationale Volkspartei einen Hochverrat zu unbestimmter Zeit anstrebt, d. h. irgendeinmal in der Zukunft den Kaiser zurückkommen lassen will. Aber gegenüber den Kommunisten ermöglicht diese Konstruktion es, jeden beliebigen kommunistischen Funktionär jederzeit wegen Vorbereitung zum Hochverrat anzuklagen, d. h. juristisch zu erledigen.

Es kommt dem Staatsgerichtshof ganz besonders darauf an, die Kommunisten nicht nur mit den allgemeinen Hochverratsbestimmungen des Strafgesetzbuches zu treffen, sondern die Kommunisten in den Maschen des furchtbarsten Ausnahmegesetzes zu fangen, das jemals in Westeuropa erlassen wurde. Wir meinen das ungeheuerliche „Gesetz zum Schutz der Republik“. Um die Kommunisten mit dem Republik-Schutzgesetz schlagen zu können, muß man nachweisen, daß der Kommunismus eine geheime staatsfeindliche Verbindung darstellt.

Die kommunistische Organisation ist durchaus öffentlich und legal wie die Organisation jeder anderen Partei. Die kommunistische Bezirksorganisation des Wedding unterscheidet sich äußerlich und gegenüber den Gesetzen in nichts von der entsprechenden Organisation der SPD oder der Deutschnationalen. Aber der Staatsgerichtshof stellt folgende Behauptung auf: Neben der öffentlichen legalen Organisation haben die Kommunisten ihre parallele Geheimorganisation. Träger dieser Geheimorganisation ist der kommunistische Unterbezirk!! An sich ist es nicht strafbar, Mitglied der KPD zu sein, aber wer z. B. der Wedding Bezirksorganisation beiträgt, ist dadurch nach Meinung der Leipziger Juristen zugleich Angehöriger des kommunistischen „Unterbezirks“. Dieser „Unterbezirk“ hat es den Herren besonders angetan. Der „Unterbezirk“ ist nach ihrer Meinung der Ausdruck der illegalen Geheimorganisation!

Diese angeblichen Tatsachen werden vom Staatsgerichtshof als notorisch hingestellt, d. h. als Dinge, über die weiter kein Beweis notwendig ist. Nach dieser Konstruktion fällt also jeder Kommunist als Angehöriger seiner Unterbezirksorganisation unter das Republik-Schutzgesetz.

Eine verfluchte geheime Erfindung. Herr Ebert konnte den Herren Niedner und Ebermayer den höchsten republikanischen Orden für diese Leistung verleihen. Aber dieses plump angelegte Randver wird an dem Willen der deutschen Arbeiterklasse scheitern. Die KPD wird im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Tscheka-Prozess, der wesentlich die Konstruktion des Staatsgerichtshofes stützen soll, erst recht die Massen mobilisieren. Die Empörung des Proletariats über diese Machenschaften wird härter sein als alle Tscheka-Lügen und raffinierten juristischen Lüsteilen der Herren vom Staatsgerichtshof!



Die Vankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Die Abfahrt des „Torpedo“.

Ein warmer Tag für die Abfahrt eines Dampfers. — Das kann man wohl sagen. Vom frühen Morgen an gab es in Strömen. Das Wasser in der Ban hing um einige Zoll. Der Gewittersturm in der Nacht hat ähnliche Privatboote gesammelt, die im Hafen lagen.

Die Morgenzeitungen brachten die Nachricht, daß die Presse für den amerikanischen Reigen im Zirkus begiffen seien. Außerdem berichteten sie von drei Vorfällen in einem Graben, in der Nähe des Hornvill-Palastes, wurde eine vollkommen enthellte Leiche einer unbekanntes Frau gefunden; der Schutzhel des verstorbenen Rotars steht habe die Leiche betreten und sei gestürzt; der Satz mit der Leiche Jeremia Rodesellers sei von unbekanntes Tätern aus der Kapelle des Erbbegräbnisses der Familie Rodeseller gestohlen worden; die Leiche sollte auf die Witte der Anna des Verstorbenen und seiner entfernten Verwandten aus Europa obduziert werden.

Dr. Lepsius las alle diese Nachrichten. ließ die Zeitung kritisch auf die Anie fallen und warf sich erschöpft in den Sessel zurück. Er fühlte, wie ihm ein Haß gegen die ganze Menschheit anfüllte. Er wunderte sich, welche Kräfte es sein mögen, die ihn zwingen zu leben und zum Leben eben dieser Menschheit zu arbeiten...

Aber der geborene Optimismus des Doktors bekam bald wieder die Oberhand; er wandte die Zeitung um in der Hoffnung, durch die Theater-, Sports-, Börsen- und ähnlichen Nachrichten in eine bessere Stimmung zu geraten.

Blötzlich fiel sein Blick auf einige fernegegründete Zeilen. Näher sah vor ihm das Lepsius das Folgende:

„Gestern, neben Ihr abends, fand in der Kirche die Trauung von Mik Smoll mit M. Raibenzel Epiderma Karl, dem Hausmeister unseres berühmten Komplexologen Bentromato. Von kühlen der Rezerwählten wohnte Mik

Smoll aus Wladikawon der Trauung bei, von seiten des Gatten — Dr. Bentromato selbst, der bei dieser Gelegenheit der verarmten Jugend einen Vortrag über die Königinnenheruma des Cambria im Mutterleibe zum Zwecke der Festhaltung seines Geschlechts hielt.“

Lepsius war an, vernünftige Trauphast die Zeitung. Seine Augen wurden blutrot. Er kurzte zum Kleiderhänder, riß den Hut herunter und lugelte die Treppe hinab.

Dr. Lepsius war buchstäblich am Ertrinken. Wäre er nicht selbst ein Arzt gewesen, dann wäre er sofort zu einem Doktor gelaufen, um an sich einen Überlaß vornehmen oder wenigstens ein lateinisches geschriebenes Rezept geben zu lassen, das bestmöglichst inoffiziell von großem Nutzen ist, als man konkretes Andenken an das bezahlte Honorar in seiner Hand behält.

Aber auch diesen Trost konnte er sich nicht verschaffen. Und deshalb rannte Dr. Lepsius durch die Straßen, rannte aus dem Hause, in dem seine lächerliche Haushälterin wohnte, rannte, ohne zu wissen, wohin, bis er plötzlich am Hafen anlangte.

Es regnete eisenerwie. Sogar die Trauungsjungen und Stiefelträger waren nicht zu sehen. Die wenigen Fußgänger gehörten zu einer Katerie von Menschen, die barfuß zu gehen gewohnt und hielten den Quai ein; sogar der Leuchtturm von Harwen ließ seinen Scheinwerfer in der Ban spielen, und der Quai leuchtete im elektrischen Licht. Es war erst zwölf Uhr mittags Lepsius war bis auf die Haut durchnäßt. Nicht ohne Verwunderung bemerkte er, daß der „Torpedo“, mit Tausenden von Lichtern glänzend, zur Abfahrt bereit stand. Die im Regen liegende Menschenmenge war geirrt vor Ungeduld.

„Die jüngsten Demonstrationen“, sagte jemand neben Lepsius mit argerscher Stimme, „als wenn in unserer Zeit noch Demonstrationen vorkommen können!“

„Und wie noch“, erwiderte ein anderer. „Die Kommunisten schicken ja einen Vertreter nach Sowjetrußland. Seht doch, wieviel Leute ihn begleiten. — man könnte meinen, der Präsident selber reise ab.“

Ein jünger bemerkte Lepsius den ungewöhnlichen Anblick von Menschen. Er wurde aufmerksam und betrachtete die Menge.

Der ganz ungeheuerliche Haß um ihn herum war voller Arbeitermühen und Arbeiterbluten. Sie sind durch aus der Fabrik herber gekommen, — sie hatten keine Zeit, sich umziehen. Ihre

Zugung der Bergarbeiterinternationale in Hannover

Oestern trat in Hannover der leitende Ausschuss der Bergarbeiterinternationale (angeschlossen Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale) zusammen. Die leitende Körperschaft der Bergarbeiterinternationale mußte ein Generalkomitee zur Vorbereitung und Organisation einheitlicher internationaler Aktionen und Kämpfe der Bergarbeiter aller Länder sein. Obwohl in dieser Internationale die sogenannten linken Amsterdamer Elemente ziemlich entscheidend durch die englische Bergarbeiterföderation vertreten sind, hat die Aktionsfähigkeit dieser Internationale bisher noch immer in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit völlig verlagert. Die bevorstehende Zugung läßt die Befürchtungen beträchtigen, daß auch fernerhin diese Aktionsschwäche der Bergarbeiterinternationale bestehen wird. Diese Befürchtungen können nur verringert werden, wenn die Bergarbeiter aller Länder, und heute vor allem die deutschen Bergarbeiter dieser Zugung eine recht aktive Aufmerksamkeit schenken. Der Weg hierzu geht über Massenversammlungen der Bergarbeiter in allen deutschen Regierungen, durch Entsendung von Delegationen, durch Fassung von Resolutionen, die dem tagenden Ausschuss energisch und einseitig fundgeben müssen, was die Bergarbeitermassen von der Internationale im gegenwärtigen Zeitpunkt fordern und erwarten.

Die Bergarbeiterinternationale soll laut ihrer Tagesordnung Stellung nehmen zu den Auswärtigen Beziehungen, des Dawes-Vertrages auf die Lage und Aussichten der Bergarbeiter aller Länder, soll entscheiden die Frage der Entsendung einer Bergarbeiterdelegation nach Rußland und Stellung nehmen zu den Arbeitszeitfragen im Bergbau.

Die Auswirkungen des Dawesplans auf die Lage der Bergarbeiter aller Länder sind heute bereits ganz eindeutig und klar zu erkennen. Die deutschen Zechenbarone und Hand in Hand mit ihnen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer leiten von der Notwendigkeit der Durchführung des Dawesplans, die Notwendigkeit der Beibehaltung der vor Jahr und Tag eingeführten Achtstundenschicht unter Tage und der 10- bis 12-Stundenschicht über Tage, die Unmöglichkeit der 40prozentigen Lohnerhöhung — die nach ihrer eigenen Angabe — nur der Preissteigerung entsprechen würde, ab. Aus der langen Arbeitszeit und den niedrigen Löhnen im deutschen Bergbau ergibt sich die Gefahr der Unterbelegung der englischen, französischen, belgischen, polnischen, tschechischen usw. Kohlenpreise durch die deutschen Kohlenpreise. Daraus die allgemeine Offensive des Zechenkapitals dieser Länder gegen die eigenen Bergarbeiter in der Arbeitszeit und Lohnfrage. Unter dem Hinweis auf die deutsche Konkurrenz wird im polnischen Bergbau und Hüttenindustrie der 10stündige Arbeitstag auf Monate hinaus weiter verlängert. Im tschechischen Bergbau große Zechenstilllegungen, Massenarbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern. In England ein Vorstoß des Zechenkapitals zum Raub der 6-Stundenschicht unter Tage, zu weiteren Lohnerhöhungen — so daß die Frage des Bergarbeitergeneralstreiks in England auf der Tagesordnung steht. Ähnlich laut ist die Frage des Bergarbeiterstreiks in Belgien, gleichfalls verdichten sich in Frankreich die Streikwolken in den wichtigsten Bergbaugebieten.

Aber die notwendige Abwehr der Offensive der Zechenbarone kann nicht in Angriff genommen werden. An der Frage der internationalen Koordination dieser Kämpfe scheitert diese Abwehr. Dann blühtige Erfahrungen der vorhergehenden Jahre haben den Bergarbeitern Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands gezeigt, daß auch der gewaltigste Bergarbeiterstreik in einem Lande durch Kohlentransporte aus den übrigen Ländern immer wieder zur Niederlage verurteilt wurde. Und solange sich die Bergarbeiter in der Bergarbeiterinternationale nicht ein Organ geschaffen haben, das diese Koordination gewährleistet und durchführt, die Gewähr, daß durch keine Kohlentransporte ihr Kampf erwidert wird — solange können die Zechenbarone den Bergarbeitern unbeschränkt ihre Bedingungen diktieren.

Die Frage der Abwehr der allgemeinen Offensive gegen die Bergarbeitermassen aller Länder ist engstens verbunden mit der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit. Die Aufnahme der russischen Bergarbeitergewerkschaft in die Internationale, die Unterstützung des russisch-englischen Gewerkschaftskomitees zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit — würde bedeuten, das Bekenntnis zum wirklichen Kampf gegen das Kapital, würde bedeuten, daß die Gewerkschaftsapparate statt ihrer ganze Kraft im Kampf gegen die revolutionären Gewerkschaftselemente zu vergeuden und zu verschwenden, diese Kraft gegen das Kapital richten. Der Anfang hierzu kann gelegt werden durch eine offizielle Bergarbeiterdelegation nach Rußland, die vor allem Schluß machen müßte mit all den kühnen Reden über die Lage der Bergarbeiter im russischen Kampf, auf die sich der ganze Kampf der gewerkschaftlichen Kapitalisten gegen die Bolschewiki ideologisch stützt.

Und im Zusammenhang damit müßte die Bergarbeiterinternationale endlich den Schwandel mit dem Washingtoner Arbeitszeitabkommen entthüllen, der nur ein Schacher- und Verschleppungsobjekt bildet, nie aber den Bergarbeitern den Achtstundentag bringen wird. Dies müßte die Internationale offen den Bergarbeitern sagen — und sie zum Kampf, zu einheitlichen internationalen Kampfaktionen, zur wirklichen Erzielung des Achtstundentages auffordern.

Aber wie gelangt man anders zu befürchten. Weil die Bergarbeitermassen sich um ihre Internationale nicht kümmern, weil sie zu ihrer Zugung keine Stellung nehmen — werden dort sozialdemokratische Gewerkschaftsführer das Gegenteil davon beschließen, was den Bergarbeitern aller Länder notwendig ist. Es mehren sich die Anzeichen dafür. Der englische MacDonaldpartei und dem Vorstoß der reaktionären Führerelemente, vor allem der deutschen Gewerkschaften, ist es gelungen, die Exekutive der englischen Bergarbeiterföderation zu einem Beschluß zu bringen, der für die gesamte Bergarbeiterchaft die schwersten Gefahren birgt. Die Exekutive hat am 23. Januar beschlossen, den ehemaligen Minister im MacDonaldkabinett Grant Hodges, der auf dem äußersten rechten Flügel steht, als Sekretär für die Bergarbeiterinternationale an Stelle des linken Good vorzuschlagen.

Dieser Beschluß bedeutet: Gewerkschaftspaltung gegen Gewerkschaftseinheit, keine Gewerkschaftsdelegation nach Rußland, Kampf gegen die internationale Gewerkschaftseinheit, keine Organisation der Kämpfe zur Abwehr der Offensive der Zechenbarone, Verhinderung von internationalen Kampfaktionen, Erzeugung des Kampfes durch nichtsagende Resolutionen und Dittungen an die imperialistischen Regierungen aller Länder, eine Betätigung nach Arbeitsschutzgesetzen, die das Kapital gegen die Arbeit schützen.

Dieser Vorstoß ist zum guten Teile dem deutschen Bergarbeiterverband zu verdanken. Nicht sein Mitgliedermassent, sondern seine Führer. Die kommende Zugung wird für die deutschen Bergarbeiter eine Lehre sein, die Führer nicht unkontrolliert ihre Interessen preisgeben zu lassen, sich um die internationalen Aktionen mehr zu kümmern, für uns Kommunisten ein weiterer Aufsporn, die reaktionäre Festung des deutschen Bergarbeiterverbandes, für den Kampf der Bergarbeiterchaft zu erobern.

Ostha wurden 5 Kommunisten, 1 Parteiführer und 1 Sozialdemokrat gewählt.

Dortmund, 2. Februar.
In der Generalversammlung des Bergarbeiterbundes wurden mit überwiegender Majorität nur Kommunisten in die Ortsverwaltung gewählt. Für die beiden Vorposten, die der SPD angehören, wurden 407 Stimmen abgegeben für die SPD, dagegen nur 126.

Die Kaatsgefährliche Ebertbrotschüre.

(Eigener Drahtbericht.)
Hannover, 2. Februar.
In den Räumen der „Niederländischen Arbeiterzeitung“ fand eine Hausdurchsuchung statt. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte Karten der „Roten Hilfe“, sowie die Brotschüre über den Ebertprozeß in Magdeburg (!).

Rot gegen Schwarzrotgold!

Reichsbannerpforte in Nichtenberg.
(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 2. Februar.
An der am Sonntag in Nichtenberg stattgefundenen Reichsbannerdemonstration nahmen 200 Mann teil. Dagegen beteiligten sich an der Gegendemonstration des Roten Frontkämpferbundes 2000 Arbeiter.

Zum Schutz der Schwarzrotgoldenen war die Schutzpolizei in Bereitschaft. Eine mit Maschinengewehren bewaffnete Hundertschaft war zum Schutz der Reichsbanner aufzufahren worden. Die Reichsbannerjünglinge reagierten nicht auf die Strafen. Die Demonstration des Roten Frontkämpferbundes war außerordentlich wirksam und endigte mit einer Kundgebung vor dem Berliner Polizei-Präsidium.

Immer noch Raufbars in Bayern.

In München wurde der Genosse, der Monteur Karl Mayer, verhaftet. Gleichzeitig suchte man in seiner Wohnung nach illegalem Material. Neben ihm sind bereits bis jetzt noch 33 Personen verhaftet worden.
Die bayerische Regierung denkt daran, den Belagerungszustand für Bayern aufzuheben, und läßt an allen Ecken und Enden belastendes Material für die SPD, um das Verbot der SPD, auch nach der Aufhebung des Belagerungszustandes aufrechtzuerhalten zu können. Nicht anders sind die letzten Verhaftungen und „Materialfunde“ zu bewerten.

Die Veröffentlichung des Berichts der englischen Gewerkschafts-Delegierten über Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)
London, 1. Februar.
Der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über Sowjetrußland wird jetzt endgültig redigiert. Der Generalkomitee des englischen Gewerkschaftsbundes wird am 12. Februar zum Bericht Stellung nehmen und ihn nachher veröffentlichen. Der Bericht wird einen neuen „Entrüstungsakt“ der bürgerlichen Presse hervorrufen. Bekanntlich wurden — vergeblich — Versuche gemacht, den größten Druck auf die Delegierten auszuüben, um sie zu einer Fälschung ihres Berichtes zu zwingen. Der für Sowjetrußland ungünstig lautet soll.

Imperialistisches Wetterleuchten am Stillen Ozean.

Zu den amerikanischen und den japanischen Flottenmanövern.
Genosse Radek verfolgt in der „New York Times“ in einem längeren Aufsatz Japans geschichtliche Entwicklung und kommt zum Schluß zu den Kriegsvorbereitungen in Amerika und Japan. Die „Chicago Tribune“ schreibt:
Amerika hätte die stärkste Flotte der Welt haben können, aber infolge des Washingtoner Vertrages und dank der Gleichgültigkeit der Regierung nimmt sie heute nur die zweite oder die dritte Stelle ein. Vor der Washingtoner Konferenz hatten wir einen viel größeren Flottenplan. Dann kam die Washingtoner Konferenz und wir haben unser Programm gegen die Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses verlor.

Die Hearst-Presse führt eine Agitation, in deren Mittelpunkt die Verklärung der amerikanischen Flotte steht. Der Marineminister Americas nimmt in Worten gegen diese Agitation Stellung. Der Präsident Americas erklärte sich gegen eine allzu schnelle Verklärung der Flotten. Es ist klar, daß dies alles nur ein Spiel ist. Die Könige der Metallurgischen Industrie führen selbst diese grandiose Agitation. Der Generalstab der Flotte behält sich mit aller Materialien, die die öffentliche Meinung überzeugen sollen, daß Amerika eine grandiose Flottenverfälschung nötig hat. Das gibt der Regie die Möglichkeit, die Zahl der Kreuzer, U-Boote und Verorlane in einem durch den Washingtoner Vertrag nicht beschränkten Maßstab zu vergrößern. Nachdem die öffentliche Meinung in dieser Weise aufgereizt wurde, ergibt sich dann für die Regierung die Rolle als Vermittler aufzutreten.

Am 4. Januar 1925 begannen die Manöver der amerikanischen Flotte. Die asiatische Flotte bewegte sich in der Richtung durch den Panamakanal, um den Stillen Ozean zu erreichen und umweit von San Francisco im Februar sich mit der amerikanischen Flotte auf dem Stillen Ozean zu vereinigen. Die beiden werden dann nach den Hauptmanövern dirigiert, wo die Hauptmanöver stattfinden werden, welche das Bild einer Umklammerung der japanischen Flotte darstellen werden. Die japanische Presse widmete diesen Manövern große Aufmerksamkeit. Eine der einflussreichsten japanischen Zeitungen „Asaka Mainichi“ schreibt anlässlich dieser Manöver: „Der Gegenstand dieser Manöver bildet das Studium der Vernichtung Japans.“ Die New York Times sagt ganz bestimmt: „Die guten Beziehungen zwischen der amerikanischen und japanischen Nation sind vorbei!“ Und wie verhält sich das japanische Oberkommando gegenüber der strategischen Lage im Kriegszustand? Auf diese Frage geben Antwort die Oberkommander der japanischen Flotte und die November-Manöver der japanischen Armee. Die japanischen Manöver sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß die vereinigte anglo-amerikanische Flotte von den Philippineninseln und von Singapore ausgehend die südwestliche Insel Kjusiu angreifen wird und daß gleichzeitig die Amerikaner durch die Behringstraße vorkommen werden, daß ferner ihr Militär mit dem Eisenbahnknoten Rußlands Korea umfaßt. Soldaten an dem Küsten der japanischen Hauptinsel Honshu überlegt, wo das

Die Bauerninternationale und die Raditsch-Partei.

Von E. Dombal.
(Mitglied des Präsidiums des intern. Bauernrates.)
Die wider die Repressalien der jugoslawischen Regierung gegen die Kroatische Republikanische Bauernpartei (KRBV), die mit deren Auflösung, mit der Verhaftung ihres Führers Raditsch und anderer hervorragender Führer sowie mit der Ungültigkeitserklärung ihrer Kandidatenlisten zu den Wahlen verbunden sind, haben sich auf ein gefälliges „Dokument“

Selbst die weingardistische tschechische Bourgeoisie ist darüber ungehalten. Der Fälscher hat sich nämlich selbst hineingelegt: beibehalten im 6. Punkt des angeblichen Vertrages ist davon die Rede, daß die KRBV der Bauerninternationale beitrete und in anderen Punkten, zum Beispiel im 17., wird behauptet, daß die KRBV der Komintern beitrete!

Weiter spricht für die Ungenauigkeit des „Dokumentes“ in schärfster Weise sein 5. Punkt, in dem die Aufmerksamkeit der Bauernpartei darauf gelenkt wird, daß sie nicht vergessen möge, sich mit der Arbeit im Dorfe zu befassen, und daß sie sich im ärgsten Falle die Neutralität der Bauernmassen sichern möge (!) Mit anderen Worten bedeutet dies, daß die Bauernpartei ein Elst ohne Armer werden muß („Neutralität“). Das ist eine höchst alberne Dummheit. Weiter rät der Fälscher der Bauernpartei, daß sie sich hauptsächlich (!) mit der Arbeiterbewegung befassen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale führen möge.

Die KRBV, die in Kroatien arbeitet, wo die Arbeiter einen unbedeutenden Prozentsatz der Bevölkerung darstellen, soll zu einer Arbeiterpartei werden, und an die mehr als 90 Prozent darstellende bäuerliche Bevölkerung des Landes vergessen, auf die sie sich stützt. Das geht sogar über jegliche politische Phantasie. Das ist einfach der höchste Stumpfhirn.

Es muß noch auf einen Anfin hingewiesen werden. Nur ein unwillkürlicher oder gerissenlicher Mensch kann behaupten, daß man die viele hunderttausende zählenden Bauernmassen, die der KRBV folgen, mit irgendwelchen absolutenmännigen „Verträgen“ und nicht auf der Grundlage eines offenen politischen Programms auf seine Seite ziehen kann.

Weiter haben die Mitteilungen der großrussischen Regierung über die Entdeckung eines „Archivs“ Raditsch, bei seiner Verhaftung in Zagreb, wobei angeblich Dokumente gefunden wurden, die von Krassin, dem Volkskommissar für Außenhandel der Sowjetunion und politischen Bevollmächtigten der Sowjetunion in Frankreich unterschrieben sind, das Ziel Krassin zu kompromittieren und die Sowjetregierung der Agitation zu bezichtigen. Aber dieser Versuch ist gleichfalls erfolglos.

Es versteht sich von selbst, daß nicht die Sowjetregierung, sondern nur wir, der Internationale Bauernrat, allein für die Korrespondenz mit Raditsch und seiner Partei verantwortlich sind und wir die Veröffentlichung dieser Korrespondenz durch die Regierung Jugoslawiens auf das Wärmste begrüßen werden, denn dies wird nur sowohl uns wie auch Raditsch Nutzen bringen. Was die albernen Erfindungen betrifft Krassin anbelangt, so muß ich bemerken, daß bei uns keinerlei Krassin gearbeitet hat und nicht Krassin, ein Unterhändler, der sowohl in der Schreibweise des Namens wie auch dem Wesen nach hinreichend groß ist. Krassin ist politischer Nationalist und hat sich niemals mit sozialer Arbeit befaßt.

Was die ausgedachte Vernechtung der Bauerninternationale mit der kommunistischen Internationale betrifft, so muß ich betonen, daß die Bauerninternationale eine internationale, selbständige Organisation ist, die völlig selbständig arbeitet und weder von der kommunistischen Internationale noch von irgendwelchen anderen Organisationen abhängig ist. Der Internationale Bauernrat, Bauerninternationale genannt, ist, wie allgemein bekannt, den Bauernvertretern von mehr als vierzig Nationalitäten und von verschiedenen politischen Strömungen und Schattierungen im Oktober 1923 auf der 1. Internationalen Bauernkonferenz gegründet worden.

Unter dem Namen der Bauernrat, was die wichtigsten Aufgaben der Internationalen Bauernrat sind: Die Wahrnehmung der Interessen der breiten Massen der Bauern der ganzen Welt und die Schaffung der Bauernwirtschaft, der Kampf um die Befreiung der Bauernschaft vom Joch der Großgrundbesitzer, der Zusammenbruch des bäuerlichen Dorfes mit der Arbeiterchaft, der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege usw. Die Bauerninternationale anerkennt die geschichtliche Notwendigkeit der Vereinigung aller Bemühungen der Bauernschaft und der Arbeiter der ganzen Welt und ist daher für das brüderliche Bündnis der Bauern und der Arbeiter, für die Macht der Bauern und der Arbeiter in der ganzen Welt. Es gehören ihr wirtschaftliche und politische Bauernorganisationen verschiedener Schattierungen vieler Länder an. Was das Verhältnis zur Arbeiterchaft und deren Organisationen betrifft, so besagt unser Statut folgendes in seinem Punkte 10:

„Herstellung brüderlicher Beziehungen mit allen Arbeiterorganisationen der ganzen Welt, die das Programm und die Tätigkeit des Internationalen Bauernrates unterstützen.“

Unsere Hauptaufgabe und auch die der Bauernorganisationen, die uns angeschlossen sind, ist nicht der Kampf gegen die Amsterdamer Internationale, wie dies Raditsch unzulässigweise behauptet, sondern der Kampf gegen die Großgrundbesitzer und gegen die Kapitalisten, um Boden, Freiheit und Macht.

Die Raditsch-Partei ist keine kommunistische Partei. Dies mußte sogar der Fälscher freiwillig oder unfreiwillig im 13. Punkte des „Vertrages“ zugeben, wenn er bemerkt, daß „Ihr Programm nicht mit den Grundlagen des kommunistischen Gedankens zusammenfällt“. Das werde darüber, daß das nicht-kommunistische Programm der KRBV vom Kongreß der Komintern bestätigt worden sei, ist derart dumm, daß es nicht einmal am Platze ist, darüber eine Polemik zu führen. Ich bemerke noch, daß die KRBV erst nach Beendigung des letzten Kongresses der kommunistischen Internationale der Bauerninternationale beitrete, und daher ist es nicht nur grundsätzlich, sondern auch rein technisch unmöglich, daß der Kongreß der Komintern ihr Programm bestätigen konnte. Außerdem hat die Raditsch-Partei niemals ihrer Benennung die Worte „Sektion der kommunistischen Internationale“ beigefügt und in ihren Organen kein einziges Dokument der Komintern veröffentlicht, wogegen doch alle kommunistischen Parteien als Sektionen der Komintern verpflichtet sind.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Arbeitslosigkeit in England. Das Millionenheer der Arbeitslosen in England weist ständige Ziffern auf. Jede Besserung wird in kurzer Zeit durch ein neues Anwachsen der Arbeitslosen weggemacht. Am 19. Januar betrug die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen 1.269.700 (um 10.154 weniger als in der Vorwoche), um 17.878 mehr als im Januar 1923.

Rumänens strategische Eisenbahnpläne. Die Havas-Agentur veröffentlicht eine Erklärung, des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu, wonach er in London nicht über eine rumänische Anleihe, sondern über Anschaffung von finanziellen Mitteln zur Erweiterung des rumänischen Eisenbahnnetzes mit den Bankiers Verhandlungen geführt habe. Diese Erweiterung des Eisenbahnnetzes bedeutet nämlich den Ausbau von strategischen Eisenbahnlinien in Libyen, Arabien, die für den Krieg gegen Rußland nötig sind.

Ueberall Erfolge der SPD. in den Gewerkschaften.

(Eigener Drahtbericht.)
Ostha, 2. Februar.
In der Generalversammlung der Hotel-, Cafe- und Hausangestellten wurde die kommunistische Ortsverwaltung wiedergewählt.
Bei den Wahlen zum Deutschen Eisenbahnerverband in Ostha wurden 5 Kommunisten, 1 Parteiführer und 1 Sozialdemokrat gewählt.

Die am 26. Januar hier stattgefundene Gemeindevorstellung hatte eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Es standen nicht weniger als 20 Punkte zur Beratung, unter denen die wichtigsten Punkte der Bau eines weiteren Siedlungsbaues und ein Antrag der Erwerbslosen auf Mietzuschuß und Befreiung mit Naturalien lebhafter Debatten hervorriefen.

Die Buzianer Arbeiter gegen die Gebering-Regierung.

Dienstag, den 27. Januar, fand eine Volksversammlung statt, in der Genosse Herr über die Vorgänge im Landtag referierte. Die SPD. hatte es sich nicht nehmen lassen, mit dem 1. Bürgermeister in der Versammlung zu erscheinen, um dieselbe in der Versammlung zu unterstützen, um die sozialdemokratische Bürgermeister Burmann. Er war, wie das auch gar nicht anders zu erwarten war, nicht imstande, die Angriffe zu widerlegen und beschränkte sich nur darauf, den Entwürfen darüber zu spielen, daß der Referent die führenden Geister der SPD. als das Kennzeichen, was sie in Wahrheit sind. Ein ganz besonderes Stücken lieferte er sich, indem er den Referenten darauf aufmerksam machte, daß er als Gast in einem Hause sei, dessen Entstehen der SPD. und der Stadt zu verdanken sei, die Sozialdemokraten kennzeichnete. Ich ne, so was! Herr Bürgermeister, lassen Sie sich gelogen sein, daß auch Kommunisten treu und brav ihre Gelder zu dem Bau beigetragen haben. Und übrigens - wenn aus dem Stadtrat Hypotheken gegeben wurden, hat die Gemeinde ein Recht auf dieses Gebäude und verbiethet sich die Kommunistische Partei, daß ihre Referenten als Gast behandelt werden. Das soll dem Herrn Bürgermeister egal sein, wie der Referent einer Partei zu der Versammlung spricht. Für und ist der der Befürworter der Umwandlung des Volkes wieder. Das Schlußwort warnten die Herrschaften nicht ab. Sie verließen feig den Saal und zeigten so, daß sie würdige Vertreter ihrer Partei waren.

Arbeiterport. Achtung! Siegler!

Unter Bezugnahme auf den im Dezember 1924 an dieser Stelle erschienenen Artikel betreffend "Freien Siegler-Verband" werden alle Arbeiter-Geberingvereine eingeladen, sich an der Tagung der Arbeiterlegier Deutschlands am 7. März 1925 in Berlin zu beteiligen. Am allen Frühmorgens vorzubringen, wird nochmals darauf hingewiesen, daß keine Abgründung beobachtet ist, wie Genosse H. Biegel vom Arbeiter-Turn- und Sportbund irrtümlicherweise behauptet, sondern lediglich eine Zusammenfassung der Arbeiterlegier in dem seit 1911 bestehenden, früher unter dem Namen "Berliner Werkgel-Verband" bekannten Freien Siegler-Verband", um sich als geschlossenes Ganzes der Arbeiter-horizontale anzuschließen. Alle Arbeiter-Geberingvereine, auch die den Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen, sind eingeladen, wenn auch nur zur Information, der Tagung beizuwohnen.

Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Adressen an untenstehende zu richten, damit alles weitere veranlaßt werden kann.

Mit freiem Seglergruß
Erich Böhmann,
Berlin-Neukölln, Dreptower Straße 12.

Berichtigung.

Es trifft nicht zu, daß dem Befangenen Seehaver eine Fahrkarte nach Kiel ausgestellt worden ist, die beim Umfahren in Berlin bereits ihre Gültigkeit verloren hätte. Die Fahrkarte hatte vielmehr eine Gültigkeit von 4 Tagen, die zur Fahrt nach Kiel vollkommen ausreichte. Seehaver hat aber die Fahrt gar nicht angetreten, sondern ist in Neustadt, bzw. in Breslau geblieben, bis die Fahrkarte abgelaufen war. Es ist ferner nicht richtig, daß Seehaver von dem beim Ermittlungsamt beschäftigten Justizrat Knopf abgewiesen worden ist. Er ist vielmehr ruhig und sachgemäß behandelt worden. Humann.

Wir können diese Angelegenheit nicht mehr nachkontrollieren, da unser Gewährsmann nicht mehr im Besitz.

Zuderschiebungen des Gottesberger Magistrats.

Die erste Stadtverordnetenversammlung. - Für die Erwerbslosen kein Geld.

Mit großer Spannung erwartete am vergangenen Freitag die Gottesberger Arbeiterschaft die Wahl des Stadtverordnetenvorstandes. Denn es sollte sich wieder für ein Jahr entscheiden, ob unter Genosse Ulrich wieder das Vertrauen bewährt wird. Wie vorauszu sehen war, hintertrieb aber die SPD. diese Wiederwahl, so daß ein Bürgerlicher, Dr. Oswald, Posthber wurde. Die weitere Wahl des Vorstandes ergab, daß mit der Stimme eines Sozialdemokraten nur Bürgerliche gewählt wurden.

Nachdem die Vorlage betr. Aufhebung der Beherbergungssteuer ab 1. Februar zugestimmt wurde, kamen die hebung der Erwerbslosen an der Beratung. Genosse Ulrich begründete die Anträge und verlangte, daß auch den Erwerbslosen nachträglich die Weihnachtsertragszuwendungen für Bedürftige vom Wohlhabensamt bewilligt werden. Weiter verlangte er Vornahme von Notstandsarbeiten bei tariflicher Bezahlung; Unterstützung der Erwerbslosen in den ersten Wochen der Arbeitsunterbrechung durch die Armenpflege; bis die städtische Arbeitsunterbrechung aufgehoben wird; Arbeitszeitverkürzung bei den städtischen Arbeitern, bevor Entlassungen vorgenommen werden. Diese Forderungen seien notwendig, um die Erwerbslosen nicht auf die Bahn der kriminellen Verbrechen losigkeits in erlösendem Maße steigen wird. Genosse Ulrich führte an, daß bereits der

Schulsticht 450 Bergarbeiter und 15 Aufseher entlassen habe, auch spielen die Bergherren mit Schließung der Bergwerke. Es sei darum Pflicht, mit den Arbeitern für Fun- und Schützenstraße, des Sportplatzes und des Freibades zu beginnen. Der SPD.-Bürgermeister und die bürgerlichen Vertreter liefen natürlich Sturm gegen diese Anträge. Der feiste Bürgermeister, Sozialdemokrat, daß sich unter den Erwerbslosen Elemente befinden, welche die Erwerbslosigkeit nur ausüben, um einen guten Tag zu haben.

Die Bürgerlichen, die in Gottesberg offenkundig von den Arbeitern leben, verhöhnen die Arbeitlosen, indem sie sagen: sie haben auch soziales Empfinden. Unter Genosse nahm unter diesen Umständen kein Blatt vor den Mund und charakterisierte die Behagenden richtig als eine Klasse von brutalen Unterdrückten. Wie gemein die Erwerbslosen für Sorge sei, bewies er durch Vorlesen eines Schreibens dieser Behörde an einen Unterstützungssuchenden. In diesem Briefe wurde dem Betroffenen mitgeteilt, daß er nicht unterstützt werden könne.

weil sein Vater ihn noch zu ernähren in der Lage ist. Der Vater ist Bergarbeiter und verdient wöchentlich etwa 15 Mark. (Ernährungsweise im Zuhauerraum.) Stadtrat Kunge geistete das lächerliche Verhalten der Behörde bei Sammlung der Weihnachtsgeldenden für Bedürftige. Gines der größten Geldhülle habe es logar fertig gebracht, den Kerkern der Armen

100 Schacheln Schubwische zu spenden. Andere gaben Mangelhölzer. (Die Arbeiter sollten diese Hölzer genau prüfen, sie werden auch in anderen Orten vorgekommen sein, und solche Geldhülle rüchloslos konsumieren. 2. Red.) Als aus der Debatte zu sehen war, daß die Erwerbslosen nichts bekommen, sagte Gen. Ulrich: Wie üblich, die Erwerbslosen können verhungern!

(Gelehrliche Entrüstung bei den Bürgerlichen.) Die Anträge wurden richtig dem Magistrat zur "kontrollierenden" Bearbeitung übergeben. Nach einigen kleinen Vorlagen wurden u. a. 800 Mark zur Frischmilchlieferung der Kleinkinder bewilligt. kamen die zwei zuerst erwähnten Dringlichkeitsanträge zur Beratung, die beide die Verbesserung und Forderung der unelitären Schulverhältnisse an der Volks- und höheren Schule zum Gegenstand hatten. Dabei lagten sich die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten gegenständig derbe. Diese beiden Brüder behaupteten sich beiderseits der Jagdlosigkeit während der Inflationszeit, wo es möglich gewesen wäre, ein neues Schulhaus zu bauen.

Geistliches.

So reich die deutsche Sprache ist, für das Wort "Aroma" findet sich im Deutschen keinen Sinn erscheidender Ausdruck. Lust und Geschmack zusammen würden etwa das sagen, was Aroma meint. "Duft und Wohlgeschmack" sind neben Befindlichkeit und billigen Preis die Hauptvorzüge der Feinstmargarine "Schwan im Blauband". Die ihr ganz vorzügliche Aroma einen neuen, ganz besonderen Annehmlichkeiten verleiht. Wenn Sie auch das Inferat im Anseigentel und verlangen Sie beim Kauf unbedingt die Blauband-Weche. Man beachte die Inferate von "Schwan im Blauband".

Unserer heutigen Ausgabe ist der "Rote Stern" Nummer 2 beigegeben.

Dabei entschloßte dem SPD.-Bürgermeister das Mon- längst von den Spahen verpfändete Geheißnis, daß die Stadt Gottesberg auch zu den Inflationsgewinnlern zählt: zwei Monate hätte der Magistrat und Stadtver- waltung a. B. von Zuderschiebungen gelebt. Kor- ruption, Schiebungen überall. Eine feine Republik!

Dann wurden 30 000 Mark, je 15 000 Mark für Volks- und höhere Schule bewilligt. Der Antrag der SPD., die Stra- ßenbeleuchtung bis zum frühen Morgen auszubehnen, wurde mit Erweiterungsvorschlag der Kommunistischen Fraktion auf Verbesserung der Beleuchtung auf einigen Straßen dem Magistrat zur Erledigung überwiesen.

Bei Beantwortung von vier Anträgen der Kommu- nistischen Fraktion sagte der Bürgermeister, daß der Regierungspräsident gewünscht habe, daß die "Schließliche Ar- beiterzeitung" nicht mehr als amtliches Publikations- organ benutzt wird, da sie staatsfeindlich sei. Polizeiverwal- tungen dürfen schon nicht mehr Befanntmachungen in der "S.A.Z." erlassen. Genosse Ulrich zeigte an Hand des monarchistischen Gottesberger Wochenblattes, welche Zeitungen staatsfeindlich seien, er stellte fest, daß der Regierungspräsident in der Cou- verantität der Stadt eingreift und verlangte, daß der Magistrat weiter in der "Schließlichen Arbeiterzeitung" seine Befannt- machungen erläßt.

Bei Beginn der Sitzung wurde noch an Stelle des be- stätigten Stadtrats Genossen Vogt der Genosse Kleiner als Stadtverordneter eingeführt.

Das Verhalten der SPD. bei der Stadtverordneten-Vor- standswahl und ihre schändliche und logar arbeitserfindliche Haltung (siehe die Bürgermeisterreden) muß den Genossen un- serer Fraktion zu denken geben. Sie müssen sich endlich ent- schließen, mit diesen Herren die Waffenbrüderschaft aufzugeben. Die SPD. ist bürgerlich, hat bürgerliche Reformierungsideale und will die heutige kapitalistische Staatsform bewahren. Mit ihnen können wir, die wir für eine andere Gesellschaftsordnung kämpfen, in der wir, die heute Unterdrückten, die Herrscher und Unterdrücker der heute Unterdrückenden sein werden.

Die Beantwortung der Anträge, warum die "Schließliche Arbeiterzeitung" nicht mehr amtliches Publikationsorgan sein soll, durch den SPD.-Bürgermeister, zeigte ebenfalls, daß diese Herren kein Wort des Protestes haben, wenn es sich darum handelt, den Kommunisten ein auszuweichen. Ihr und der Bürgerlichen Stellungnahme zum Erwerbslosenproblem bewies den Arbeitern, daß diese Leute das "soziale Empfinden" nur im Munde führen. Darüber hinaus charakterisiert die Fest- stellung des Bürgermeisters, daß der Magistrat während der Inflationszeit zwei Monate (!!) von Zuderschiebungen gelebt hat. Was wir anlässlich des Waldenburger Stadt- bankankandals gesagt haben, daß die ganze Republik, der ganze Staatsapparat, die kommunalen Verwaltungen, (städtischen Sparfassen usw.) vom Korruptionspils vollkommen zerfallen sind, findet eine neue Bestätigung. Korruption ist heute eine angelegene Sache. Das bewies am besten der Gottesberger SPD.-Bürgermeister, indem er sich wie ein Frösch vor Stolz aufplusterte, als er der Versammlung von diesen Schiebereien Kenntnis gab. Wir brauchen gar nicht an den großen Panama- skandal Barma-Kutiser-Michael-Preuß, Handbriesant erinnern. In fast allen Gemeinden, Stadtverwaltungen, Behörden, Stadt- banken und Gewerkschaften ist die Korruption, die Bestechung, die Schiebung und Hehlerei der Gott, den die herrschende Klasse und ihre Trabanten, die SPD. ansetzt. Wie Diogenes im alten Griechenland mit der Laterne vergeblich suchte, so kann heute das deutsche Proletariat vergebens eine Behörde, ein öffentliches Institut suchen, wo dieser Gott ein unbe- lannter Gott ist.

Zerstört den korruptierenden, verfaulenden bürgerlichen Verwaltungsapparat der Ebert-Republik!

Baut auf die proletarischen Verwaltungsorgane, die Ar- beiter- und Bauernräte!

Doch die Voraussetzung dafür ist: Die Herrschaft der Werktätigen!

Die Herrschaft der Arbeitenden in Stadt und Land!

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glöckner, Breslau; Interat: Kurt Müller, Breslau. - Verlag: Schließliche Verlags-Gesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neuwag-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Toga-Cabletten hervorragend bewährt bei: Gicht, Hexenschuß, Rheuma, Nerven- und Kopfschmerzen, Ischias. Toga füllt die Schmerzen und weicht die Darmjaure aus. Fragen Sie Ihren Arzt. - In allen Apotheken erhältlich. Best. 126. Lth. 0.46. China. 7.2. Acid. port. splic. ad 100 Amolum.

Theater
Sonntag, 2. 2. 1925
Stadtheater
Lichtspiele
Breslauer Weltbühne
Ab-Lichtspiele
Beh-Lichtspiele
Promenaden-Theater
Palast-Theater
Jupiter-Lichtspiele

Berichtungsstafel
Schauspielhaus
Täglich 8 Uhr
Gräfin Mariza
Gewerkschaften
Andere Organisationen
Sportnachrichten

Denke daran
nur "Schwan im Blauband" sollst du bringen, die Feinstmargarine mit dem vorzüglichen Aroma und Geschmack, die auch so gut zum Kochen und Braten ist.
Schwan im Blauband
frisch gekirnt
Wir bitten, beim Einkauf von "Schwan im Blauband" das farbige illustrierte Familienblatt "Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

Herren-Garderobe
fertig preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.
Zum Anfertigen von
Kleidern, Blusen, Wäsche
empfiehlt sich
Elfriede Müller
Dirigstrasse 47
Ober-Langenbielau

Andere Organisationen
Sportnachrichten
Innen neuen Leser, Genosse

Betrieb und Werkstatt

Der Betriebsrat.

Von einem Betriebsmitarbeiter aus dem Gnomont-Schacht.

Wie er nicht sein soll.

Im Betriebsratssitzimmer immer sitzen,
Der Belegschaft Forderungen verschweigen,
Durch Beschwerden sich nicht lassen stören,
So tun, als wolle man sie nicht hören,
Um Unorganisierte sich gar nicht kümmern,
Die Indifferenten dadurch noch verschlimmern,
Selbst helfen die Arbeitszeit überschreiten,
Durch Schnaps und Bier sich lassen verleiten,
Zur Hundedemut und Sclaventum,
Das soll nicht sein des Betriebsrates Ruhm.

Nach der Arbeitszeit zu Hause hinterm Ofen sitzen,
Die Konferenzen schwätzen und anderes verschweigen,
Bei Kämpfen und Streiks immer bremsen, veratzen,
Bis wir durch „Ruhe“ und „Bermittlung“ ins Glend geraten.
Bei Sam Tam und Fessen von Unternehmerseite,
Stehen in vorderster Reihe in Stehfragen und bestem Kleide.
Die bürgerliche Presse, das Unternehmerblatt lesen
Und sich nicht stören an des Massentampfes Wesen,
Nichts tun, um Proleten zu helfen durch Tat,
So soll er nicht sein, unser Betriebsrat.

Wie er sein soll.

Von jeder Arbeitsstelle Bescheid soll er wissen,
Weil er sich danach richten müssen.
Um Gnade braucht er nicht betteln und beten,
Die Beschwerden muß er verstehen zu vertreten.
Bei Unorganisierten wird er beim Anfang finden,
Und damit organisieren, und heilen die Sünden.
Er muß betreten sein, die Arbeitszeit zu verkürzen,
Überhaupt den Kapitalismus helfen zu kürzen.
Im Kampfe voran für Betriebsicherung und Lohn,
Dies soll es sein des Betriebsrates Ruhm.
Außerhalb des Betriebes, zu jeder Veranstaltung,
Muß er stehen bei den Arbeitern mit fester Haltung,
Zum Kampf organisieren und mobilisieren,
Verstehen muß er, im Kampf die Massen zu führen
Zu befreien uns von Glend und Sklavensoch,
Es hilft dabei die kommunistische Presse noch,
So soll der Betriebsrat auch täglich agieren,
Denn nicht er das Vertrauen bei den Massen niemals verlieren.
Ein Bergarbeiter vom Gnomontschacht.

Wer krank ist, liegt.

Dittmar Wolffsohn & Co., Cavalien.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Mit haben uns bereits mit den Ausbeutungsmethoden der Firma: Dittmar Wolffsohn & Co., Cavalien näher befaßt. Heute müssen wir einige Dinge nachtragen und besonders den Betriebsrat Paul Meißel an den Vorstand stellen. Wer glaubt, daß ein Betriebsrat dazu da ist, die Rechte der Arbeiter zu vertreten, muß an dem Betriebsrat Meißel das Gegenteil erfahren.
In letzter Zeit ist es öfter vorgekommen, daß wenn Arbeiter unserer Firma sich krank gemeldet hatten, sie nach Wiederherstellung der Gesundheit von der Firma die Entlassungspapiere in die Hand gedrückt bekamen. Diese Entlassungen erfolgten alle mit Zustimmung des Betriebsrats. Für keine Heilungskosten bekommt er daher von der Firma freiwillig den Postangestelltenlohn ausbezahlt. Darüber läuft dieser „Betriebsrat“ nur im Stehfragen und in Blättwälsche herum. Er ist auch der Anreißer bei den vielen Entlassungen der Kommunisten und Kandidaten aus dem Betriebe.

Arbeitskollegen von Dittmar Wolffsohn & Co., die Betriebsratsarbeiten stehen wieder vor der Tür. Wählt euch nicht wieder solche Subjekte wie dieser Meißel einer ist, sondern Vertreter, die im revolutionären Sinne für eure Interessen eintreten, und die mit Euch aus dem Hunger herauswollen!

Ein Muster von Arbeiterführer.

Winklerische Weberei-Oreiffenberg.

(Von unserem Betriebsberichterstatler G. W.)

Vorige Woche kam es in der Winklerischen Weberei in Oreiffenberg zu Differenzen aus irgendeinem Anlaß.
In dieser Weberei wird auf vier Stühlen gearbeitet (trotzdem es noch so viel Arbeitslose gibt), nur soll auf diesen Stühlen Kalife gewebt werden. Dieses Zeug reicht dauernd und es ist fast unmöglich auf vier Stühlen zu wirken. Der Lohn beträgt für die vier Stühle auf vier Stühlen 15 Mark; Anfänger, welche nicht 60 Prozent des Tariflohnes leisten, werden entlassen. Den Webern lief endlich bei dieser Schinderei die Galle über, und sie wollten auf vier Stühlen nicht mehr wirken. Sie wurden deshalb bei der Leitung vorstellig, welche sich aber weigerte, auf zwei Stühlen arbeiten zu lassen und erklärte die Weberei für entlassen.

Nun dank doch jeder Prolet, daß der Verband ein Machtwort mitreden würde, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber weit gefehlt. Hier zeigt sich wieder einmal richtig der Verstand der Weberei-Oreiffenberg.

Der Betriebsrat fuhr mit einigen Kollegen nach Lauban zum „Kollege“ Kutchan. Statt nun mit diesem einen entscheidenden Schritt gegen die Firma zu unternehmen, fuhr er die Kollegen an:

„Wie könnt Ihr nun wieder über den Kopf der Organisation hinauszugehen? Das riecht so richtig nach „Schlesischer Arbeiterzeitung“; gleich den Streik für „Schlesien“. Habt Ihr nicht noch von 1923 genug? Und ich bin dann immer gut genug, die Sache zu dirseln.“

Wie nun ein Kollege auf den die Sache richtig erklären will, sagt Kutchan: „Mit allen und jedem das ich nicht.“
Man sieht, die Herren haben die Proletarverbrachte verlernt, aber vielleicht lernen sie heute noch was Neues wieder.

In einer Versammlung hat Kutchan mal gesagt: „In einer Seidenberger Weberei ist das Vier-Stuhlssystem eingeführt worden und leider hat sich nur eine Arbeit gewährt, auf vier Stühlen zu arbeiten.“ Also mit anderen Worten, schob er die Schuld des Vier-Stuhl-Systems auf die Weberei und betete, wo es die Oreiffenberger Weberei hat haben, sich demnach ausbeuten zu lassen. Ist er der Herr Selig.

Noch ein Wort des Kutchan, das es allerdings abstreift: „Wer kann denn den Streik, das ist, wenn ich auf vier Stühlen arbeite, zwei davon ist es ja ja?“

Kollege Kutchan hat neulich mit die Freiheit heraus, sich

das Vier-Stuhlssystem sei eine so wunderbare Sache, dann bitte, bequeme dich aus Deinem Sessel und gehe weben.

Es ist eine wahre Schande, wenn man sieht, wie die Kollegen durch das Vier-Stuhlssystem überhaupt heruntergekommen sind und ihnen das Gesperrt der Schinderei im Nacken sitzt.

Hier zeigt es sich, Kollege Kutchan, keine süßen Reden in der Versammlung, sondern bewiese es mit Taten, wie Du uns helfen kannst. Ich glaube, wenn Du zu diesen Bedingungen auf vier Stühlen arbeiten solltest, wärest Du gewiß noch radikaler als die Kommunisten, denn Du mußt doch früher mal sehr radikal gewesen sein, sonst hättest Du doch den Posten nicht geknappelt. Aber in Deinen jetzigen Taten sieht man nur, Deine Liebe zu den Unternehmern. In den Versammlungen sagst Du immer, es liege viel an den Kollegen selbst, daß sie so ausgebeutet werden und wenn sie mal zu einer Aktion schreiten, threißt Du: „Schon wieder ein Kommunistenputsch.“ Auch ist es

An die Mitglieder der KPD, Bezirk Schlesien und Oberschlesien!

Werte Genossen!

Die Grundlage unserer Partei ist der Betrieb. Hier spielt sich das Leben unserer Arbeit wieder. Im Betrieb sind wir verbunden mit unseren Arbeitskollegen und müssen unsere Arbeitskollegen für unsere kommunistischen Gedankengänge und Ziele gewinnen.

Die Unterdrückung und die Ausbeutung der Unternehmer zeitigt ihre ersten Folgen im Betrieb. Das schon wieder eingeführte Terrorstrafsystem erfordert

Stellungnahme der Arbeiter im Betrieb.

Die täglichen Schikanen müssen den Arbeitern unserer Bezirke geschildert werden.

Die Antreiber, Spitzel usw. müssen entlarvt

und an den Pranger gestellt werden. Die Betriebsräte, die nicht ihre Pflicht gegenüber ihrer Belegschaft erfüllen, müssen in anderer Weise zur Verantwortung gezogen werden.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“, bzw. die „Oberschlesische Arbeiterzeitung“ müssen unbedingt mehr Berichte aus den Betrieben und dem Leben der Arbeiter bringen und obige Fragen müssen ihren Platz in unserem Organ finden.

Die Redaktion hat sich daher entschlossen,

täglich eine Seite von unseren Betriebsberichterstatlern

zu veröffentlichen. Wir werden bemüht sein, unser Vorhaben durchzuführen, doch brauchen wir dabei die Unterstützung aller Genossen, die im Betriebe stehen.

Genossen und Genossinnen! Die sozialdemokratische Presse in Schlesien lehnt die Aufnahme von Zuschriften aus den Betrieben ab, bzw. macht sie von der Genehmigung und der Zustimmung der Gewerkschaftspolitiker abhängig. Sie wollen, daß die Stimme der Arbeiter in den Betrieben verfallt bzw. unterdrückt wird.

Unsere Organe aber sollen

Arbeiterblätter im wahren Sinne des Wortes

sein. Unsere Betriebsberichterstatler müssen darum mit erheutem Eifer aus Werk gehen und sofort Berichte aus Gruben, Häuten, Fabriken und Werkstätten einreichen.

Mit kommunistischem Gruß!

Die Redaktion.

ja nur darauf zu tun, ihre Streitunterstützung zu sahlen. Desill- arbeiter, hier steht Ihr wieder mal, wie man eure Interessen vertritt. Wez mit den Reformisten!

Noch ein Wort mit in Schrammen, warum die Betriebs- räte der anderen Winklerischen Werke nicht sofort Stellung zu diesen schändlichen Fälle genommen haben. Diese Ausbeutung geht doch sämtliche Arbeiter an. Das höchste bei uns Arbeitern soll und muß doch sein: Solidarität, und die habt Ihr Mitarbeiter der Werke nicht gezeigt.

Schwarz-weiß-rot-weiß ist Trumpf.

Dießes Erben-Cavalien.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Auf der Markung Friedewalde entsteht jetzt ein richtiges Werk unter der Firma: Chemische Spezialwarenfabrik. Warum macht man diesen Betrieb kommunistenrein und stellt nur Zün- gelchen vom Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gelben Stahl- heim ein? Der Direktor weiß auch, wo er am besten seine Leute heranzuziehen hat, und wählte sich an die Frau F. Sie sollte ihm 15 Arbeiter befragen. Die Frau befragte natürlich 15 Reichsbananen, denn dieselben sind ja täglich im Arbeitererrat. Besonders ebendies sind in unserem Betrieb die Schwarz-weiß-roteten, die von dem Hauptling, Leutnant Mo- haupt, geführt werden. Unter Betrieb ist ein richtiges Werk der Kontroversen geworden weil man die revolutionären Ar- beiter alle auf die Straße sent. Doch wir werden weiter im kommunistischen Sinne im Betriebe unsere Pflicht erfüllen.

Sozialdemokratische Gemeinheit.

Firma Hamburger-Landesmilch.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Am 24. Januar gingen durch unseren Betrieb Firma Hamburger Landesmilch, in denen die Arbeiter eingeladen wurden zur Lenin-Nachfeier-Luxemburg-Fest in der „Sonne“. Auf dem Zettel war ein Proletarier abgebildet, der in der Hand die rote Fahne über zwei Säulen hielt. Auf den Säulen waren die Namen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ent- halten. Als nun der Zettel bis zu dem Fräulein Grlebach (ZPD) kam und sie den Zettel las, geriet sie in einen derartigen Wutanfall, daß sie den Zettel in keine Stücke zerriß und hin- warf. Was mag diese Sozialdemokratin dazu begehrt haben, daß sie so gemein handelte? Das höchste Gewissen wird ihr wohl Antwort gegeben haben, daß die Sozialdemokraten Sozialdemokraten sind und dem Dode Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Rosa Luxemburgs. Dachte sie an das Gedicht, welches einmal der „Vorwärts“ brachte: „Karl, Rosa, Rabel und Kumpant, 8' ist keiner dabei, 8' ist keiner dabei?“

Arbeiter und Arbeiterinnen, lernt endlich erkennen, daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, die kommunistische Partei. Wehret jeder der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ und werbt eifrig für sie, die Euch den richtigen Weg zeigt!

Ein Mahnwort.

Castellengrube.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Die auf Grund der kapitalistischen Entwicklung unbedingte Kapitalkonzentrierung bedingt es, daß große Teile der ober- schlesischen Industrie zum Stillstand kommen müssen. Dies wiederum bedroht einen großen Teil der Arbeiterschaft in ihrer Lebensexistenz und der Kampf ums Dasein spielt mehr wie je eine bedeutende und nicht untergeordnete Rolle. Dieser Kampf ums Dasein treibt nun innerhalb der Arbeiterschaft die größ- ten Blüten von Denunziantentum und anderen ähnlichen Ge- schichten.

Auch auf der Castellengrube könnte man in den letzten Tagen eine erhebliche Vermehrung dieser Denunziantenblüten verzeichnen. Aus irgendeinem Anlaß, den hier aufzuzählen, es zu weit führen würde, wird da ein Elektriker entlassen, der zur nationalen Richtung gehört. Da diesem Menschen jedes Klassenbewußtsein abhanden gekommen ist, und er als Flug- gemeinschaftler keine Klassenolidarität kennt, denunziert er flug- wegs aus Rache zwei andere Angestellte und auch Arbeiter. Diese wiederum, in der Angst, ihren Broterwerb zu verlieren, lassen sich auch zu Anschuldigungen hinweisen, die wiederum an- dere Arbeiter in Gefahr bringen, auf die Strafe gesetzt zu werden. So entsteht nun auf diese Weise ein allgemeines gegenseitiges Denunziantentum, das wahre Orgien fesselt und sich letzten Endes gegen die Klassenbewußten Arbeiter richtet. Welche Gefahr eine solche Tendenz innerhalb einer Belegschaft für die Arbeiter bedeutet, kann man an den Mienen des Herrn Direktors ohne weiteres erkennen. Er grinst übers ganze Ge- sicht und lacht sich eins ins Häufchen, wenn die Arbeiter sich gegenseitig so ans Meißel liefern und er sich gar nicht zu be- mühen braucht, um durch seinen von ihm aufgelegten Spibel- apparat die Sündenböcke herausfinden zu können.

Wie können also von dieser Stelle aus den Arbeitern der Anlaß nur den einzig guten Rat geben, sich endlich mal auf ihre Klassenolidarität zu verlassen und nicht hinter an sich selbst und seinen Brüdern zu werden. Wir empfehlen, an Stelle der gegenseitigen Denunzierungen, den Arbeitern, lieber den Zu- sammenhalt zu vollziehen, um auf diese Weise den vereinten Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen zu können. Dann wird das Gelingen des Leiters der Castellengrube sich bestimmt wieder ändern und einem anderen Gesichtsausdruck Platz machen.

Der Kampf der Erwerbslosen.

Öffentliche Versammlung in Waldenburg.

(Von unserem Erwerbslosen-Berichterstatler.)

Im vergangenen Mittwoch hatte der Erwerbslosenrat in Waldenburg die Erwerbslosen zu einer Versammlung zusammen- gerufen, um mit ihnen den Stand der Bewegung zu besprechen, nachdem der Magistrat sein ablehnendes Verhalten gegenüber den Erwerbslosen in der letzten Stadtverordnetenversammlung gezeigt hatte. Die Erörterung der Erwerbslosen war in der Ver- sammlung überaus groß. Besonders scharf wurde das Ver- halten der SPD-Salaten gebrandmarkt, die sich noch lumpiger, als die Bürgerlichen gezeigt hatten, denn ein Zentrumstadt- verordneter hat wenigstens so, als ob er für die Arbeitslosen etwas übrig hätte. Jedoch die SPD-Berrieter glaubten, daß durch die Nachhandarbeiten den Erwerbslosen geholfen sei. In der Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, die Forderungen jetzt durch einen aktiven Kampf der Erwerbslosen durch- zuzücken, und eine Demonstration am Donnerstag zu veranstalten. Donnerstag früh sammelten sich 300 Erwerbslose und Hilfsarbeiter. Sie zogen durch die Straßen von Waldenburg und trugen dem 2. Bürgermeister erneut ihre Forderungen vor. Unter dem Druck der Massen war der 2. Bürgermeister ge- zwingen, Lebensmittellieferungen für die Erwerbslosen zu ver- sprechen. Gleichzeitig mußte er sich damit einverstanden erklären, daß die Erwerbslosenfrage und die Forderungen der Erwerbs- losen noch einmal als besonderer Punkt auf der nächsten Tages- ordnung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

Natürlich mußten auch, was gar nicht anders geht, die Erwerbslosen bei ihrer Demonstration die Speringsche Ordnung gegenübertreten. Die Hüter des Gesetzes gingen mit Gummihäpplern bewaffnet gegen die Erwerbslosen vor und drängten sie von der Hauptstraße in Nebenstraßen ab. Nur der Besonnenheit der Erwerbslosen ist es zu verdanken, daß es nicht zu Zusammen- stößen kam.

Die Erwerbslosen haben erkannt, daß sie nur durch ihren Kampf etwas erreichen werden und fordern die noch im Pro- duktionsprozeß stehenden Arbeiter auf, ihren Kampf zu unter- stützen.

Kapitalistische „Ordnung“.

Hoberröhrsdorfer Stauanlage.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Vor einiger Zeit wurden von der Stauanlage drei Arbeiter entlassen. Zur Entlassung folgendes: Die betreffenden Arbeiter sind von der Bauleitung zum Grafen Schaffgotsch nach Holz geschickt worden, haben unterwegs Schnaps gerunkelt und Holz für den eigenen Bedarf mit nach Hause genommen. Die Bau- leitung möchte nun diese Arbeiter am liebsten noch hinter Schloß und Riegel bringen, trotzdem sie das „gestohlene“ Holz nichts angeht, sondern Schaffgotscher „Besitz“ ist. Bauführer Paape legte sich für die Entlassung und Bestrafung besonders „ins Zeug“. Dieser „laubere“ Patron scheint es aber ganz in „Ordnung“ zu finden, wenn er sich sternbägelständig belassen beim Oaswirt Schmidt auf der Diele herumträgt, und wenn Arbeiter bei Schaffgotsch für den Stauanlagenbau (zum Leitern machen) Holz stehlen! Denn diese Leute jetzt zur Bestrafung herangezogen werden, will die Bauleitung die Strafe tragen. Auf der einen Seite fordern Unternehmerlataien strenge Be- strafung von „Holzdieben“ und „Trinkern“, auf der anderen Seite decken sie Holzdiebstahl, also, Arbeiter, die sich der Rälle wegen einen Schnaps runken, und aus der ein Stück Holz mit nach Hause nehmen, werden derart bestraft. Welche Strafe verdienen dann die Hüter der einem Diebstahl, der für Kapitalisten begangen wird, wenn die Leute zugleich gefähr- liche und tüchtige Menschenschindler sind?

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. /

Heran an die Massen! Hinein in die Arbeitergenossenschaften!

Der Beschluß des Zentralausschusses der KPD, wonach jeder Kommunist verpflichtet ist Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, läßt am 1. Februar ab, nachdem die Funktionäre schon bis zum 1. Januar organisiert sein mußten. Dieser wichtige Beschluß für die gesamte Arbeit der Partei, der eine Vertiefung des Einflusses in der Arbeiterklasse zur Folge haben muß, wird nur dann den wirklichen Zweck erreichen, wenn die in die Gewerkschaften eintretenden Kommunisten dort auch eine gute fraktionelle Arbeit leisten. Die Fortschritte der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in dieser Richtung zeigen sich immer mehr.

In der kommunistischen Internationale gibt es schon seit dem III. Weltkongreß in Moskau den Beschluß, daß jeder Kommunist verpflichtet ist Mitglied einer Arbeitergenossenschaft zu sein und dort fraktionelle Arbeit zu leisten hat. Dieser Beschluß ist dann von dem IV. und V. Weltkongreß erneuert und gleichermaßen auch auf den deutschen Parteitag in Jena und Leipzig gefaßt worden. Die Thesen des letzten Zentralausschusses sagen, daß jeder Kommunist das Vorbild der Arbeiter im Betrieb, in der Gewerkschaft und Genossenschaft sein muß.

Wieder hat es in der KPD nicht nur eine Reihe Mitglieder gegeben, die diese Genossenschaftsbeschlüsse noch nicht durchzuführen, sondern auch aktive Funktionäre haben sich um diese Beschlüsse der kommunistischen Internationale nicht gekümmert. Deshalb besteht jetzt, nachdem in der Gewerkschaftsfrage die Partei jedem Mitglied zum Bewußtsein gebracht hat, daß der Eintritt in die Gewerkschaft von wesentlicher politischer Bedeutung für die kommunistische Arbeit ist,

eine wichtige Aufgabe darin, auch dem ersten und letzten Mitglied der Partei die Notwendigkeit von dem Eintritt in die Arbeiterkonsumvereine klar zu machen und jeden Genossen von der Bedeutung einer organisierten kommunistischen Genossenschaftsarbeit zu überzeugen. In einigen Ortsgruppen ist die Partei bereits dazu übergegangen, von sich aus eine Terminstellung für die Funktionäre und Parteimitglieder zum Eintritt in die Arbeitergenossenschaften vorzunehmen. In Thüringen hat der Unterbezirk Gotha von allen Mitgliedern seines Bezirkes den Eintritt bis zu einem bestimmten Termin verlangt.

Die Kommunisten können unmöglich die circa 12 Millionen proletarischer Genossenschaftsmitglieder den Reformisten überlassen, die sie zur Stützung der Herrschaft der Kapitalistenklasse benutzen. Ebensoviele kann das revolutionäre Proletariat auf die Arbeiterkonsumvereine verzichten, die im proletarischen Erziehung- und Wehrkampf wichtige Faktoren bilden und zum Aufbau der neuen Wirtschaft unter der Diktatur des Proletariats unentbehrlich sind. Die seitherige Ineffektivität der Avantgarde des Proletariats an den Arbeiterkonsumvereinen muß in der jetzigen Situation, wo die Arbeitermassen vor allem durch die Teilkämpfe gewonnen werden müssen, beseitigt werden. Denn die Aufgabe der Vorhut des Proletariats besteht darin, in allen proletarischen Massenorganisationen revolutionäre Arbeit zu leisten.

Es ist revolutionäre Pflicht jedes Kommunisten, nicht erst abzuwarten, bis die Partei auch für den Eintritt in die Arbeitergenossenschaften den Termin fest, sondern schon jetzt einzutreten und am Aufbau von kommunistischen Genossenschaftsstationen aktiv mitzuarbeiten.

Neue Ausschluß-Drohungen der Instanzen

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 3. Januar erläßt der Vorstand des Zentralverbandes eine neue Bekanntmachung, in der er sich gegen die „neue“ kommunistische Parole wendet, „die kapitalistischen Goldbarren aus den Genossenschaften zu vertreiben, um die Konsumvereine zu wirklichen proletarischen Kampforganen zu machen.“ Das bedeutet nämlich die Proklamierung der verantwortlichen Geschäftsführer und könne nur mit Ausschluß der Kommunisten beantwortet werden. Auch die neue Resolution des Erbkz wird zum Teil abgedruckt und dazu erklärt, daß alle Kommunisten ausgeschlossen werden, die im Interesse des proletarischen Klassenkampfes arbeiten.

Die kommunistischen Genossenschaftler lassen sich durch diese Bekanntmachungen der Bürokratie nicht einschüchtern und werden ihre revolutionäre Pflicht auch in den Arbeitergenossenschaften erfüllen.

Gegen die Genossenschaftspalter.

Die Generalversammlung des Konsumvereins G u H Ende Dezember nahm eine geharnischte Resolution gegen die Hamburger Spaltungsoffensive an.

In der Generalversammlung des Konsumvereins Jella-Meichs verhinderte der Geschäftsführer Frischke die Annahme einer Protestresolution, trotzdem es keinen Zweifel gab, daß die Resolution mit großer Majorität angenommen worden wäre.

Lenin über die Genossenschaftsreformisten.

Borin besteht das Phantastische in den Plänen der alten Genossenschaftler, angefangen bei Robert Owen? Darin, daß sie von der friedlichen Umwandlung der heutigen Gesellschaft in eine sozialistische träumten, ohne solche Grundfragen, wie die Fragen des Klassenkampfes, der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, des Sturzes der Herrschaft der Ausbeuterklasse in Betracht zu ziehen.

(Aus Lenin: Ueber die Genossenschaften.)

Für oder gegen das Proletariat?

Die genossenschaftlichen Schlagworte der Reformisten von „freier, unabhängiger Genossenschaft“, „politischer Neutralität“ und „nur Selbsthilfe“ sind durch die Praxis längst überwundene Phrasen. Im Kampf zwischen Kapital und Arbeit gibt es nur eine klare Stellungnahme, auf der einen oder der anderen Seite der Barrikade.

(Resolution der ersten internationalen kommunistischen Genossenschaftskonferenz.)

Die I. Internationale an die Genossenschaftsreformisten.

Die Genossenschaftsbewegung ist nicht imstande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die gesellschaftliche Produktion in ein großes und harmonisches System der freien und genossenschaftlichen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, welche nie verwirklicht werden können, ohne Übertragung der organisierten Gewalt der Gesellschaft, nämlich der Staatsmacht aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer in die der Arbeiter selbst.

(Aus der Resolution des Genfer Kongresses 1866 der I. Internationale.)

Die Genossenschaften nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Wenn die Staatsmacht sich bereits in den Händen der Arbeiterklasse befindet, die politische Macht der Ausbeutergehörte ist und alle Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehören, ist das Wachsen des Genossenschaftswesens für uns gleichbedeutend mit dem Wachsen des Sozialismus.

(Aus Lenin: Ueber die Genossenschaften.)

„Die Genossenschaft im Klassenkampf“ Nr. 10

enthält:

Resolution des Exekutivkomitees der K.P. zur Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften.

Die Hochalpen Pioniere vor 80 Jahren.

Arbeiter- und Dorfkorrespondenten und Genossenschaften.

Der GEG-Prolet - Schafft Genossenschafts-Betriebszellen- Zeitungen.

Internationale Informationsberichte aus Rußland, England, Amerika, Belgien, Tschechoslowakei, Schweiz.

Besprechungen über Genossenschaftsliteratur.

Preis 30 Pfennig - Bei Mehrabnahme 20 Prozent Rabatt.

Soeben erschienen:

Die Landwirtschaftsgenossenschaften Sowjet-Rußlands.

32 Seiten - farbiger Umschlag - vier Bilder
Nur 20 Pfennig.

Allgemeiner Genossenschafts-Verlag, Berlin-Friedrichshagen.

Sozialdemokraten und Genossenschaftsbürokraten verschachern die Hammerbrotwerke in Wien.

In der Wiener Arbeiterklasse ist eine große Empörung über die Verschachern der Sozialdemokraten und Genossenschaftsbürokraten Hammerbrotwerke vorhanden, daß der Sozialdemokrat Bauer in einer Konjunktur-Erklärung zu dieser neuen Schandtat abgeben mußte. Die Hammerbrotwerke sind bereits seit 15 Jahren im Besitz der Z.P. und der Genossenschaft und zu der zweijährigen Wiener Genossenschaftsgesellschaft. Schon vor Jahren sind 40 Prozent der Aktien an ein Bankhaus verkauft und durch dauernde weitere Verluste ist die Fabrik jetzt ganz vor dem Bankrott. Deshalb ist jetzt auch der Rest der Aktien an das Bankhaus verkauft. Die Z.P. bekommt diesen Verlust als eine „arbeitslose Niederlage“ und gibt nun offiziell keine Erklärungen ab.

Die Arbeiterklasse hat sich hier wieder, wie die Trümmer der Reformisten und insbesondere der Genossenschaftsbürokraten vor dem allmählichen Hinwegwachen in der Sozialdemokratie Revolution und ohne die Eroberung der Diktatur des Proletariats fernhalten und die Millionen verderben lassen. Wenn die deutsche Genossenschaftsbürokratie sich über die Vorgänge zu freuen versucht und erklärt, das wäre alles nicht schlimm, wenn nur die Genossenschaften - und nicht eine politische Partei - solche Verluste erleiden, so will sie sich damit nur über ihre eigene Verschachern von Arbeitergenossenschaftsbrotwerken hinwegsetzen.

Die Verschachern einer Genossenschaftsbrotfabrik anstelle der bekannten sozialistischen Produktionsweise ist nicht durch das unethische Einwirken in den Sozialismus, sondern durch die verschandenen Interessen und die Herabsetzung erreicht. Warum die Arbeiterklasse einverstanden ist und dann der Fabrik der neuen Wirtschaft unter der Diktatur des Proletariats bezuziehen kann.

Barmat-Geschäfte mit Konsumvereinen.

Nachdem durch die Tagespresse die Mittelklassen angesprochen sind, daß der Import von Lebensmittel in Deutschland, vor allem an Arbeiterkonsumvereine zum Kreditgeschäft der Barmat'sche Fabrik, und das diese Genossenschaftsbürokraten den ganzen Rest im Geschäftsbetrieb der Barmat'sche einnahmen, hat die Genossenschaftsbürokratie ihr Schwelgen geachtet, um nicht die unangenehme Leistung der Arbeiter zu lassen, die hätte die Barmat'sche in „so großem Umfang“ Geschäfte mit den Konsumvereinen geschlossen.

Die Erklärung, die Ratsch im Zentralorgan der Konsumvereine gibt, ist eine glatte Verharmlosung, daß ihren Konsumvereinen die Barmat'sche auch mit Konsumvereinen geschlossen haben. „Neutralität“ können sich die Konsumvereine zwar nicht mit Barmat eingeleiten, aber sie leisten während der Zwangsverwaltung dazu „gezwungen“ worden. Die Genossenschaftsbürokratie gibt „einige“ Beispiele von „unangenehmen“ Geschäften mit Barmat zu, bei denen die Zeitungen des Zentralverbandes schon damals „entschiedenen Einspruch“ erhoben haben will.

Es bedürfte überhaupt keines Beweises, daß diese Geschäfte mit Barmat unter einer Tende steht, denn sie führt in mit allem Inhalt das heutige Konsumtionsniveau. Die Einzelhandels- und Großhandelsgeschäfte der Arbeiterklasse antreiben, die die Arbeiterklasse zu betrieblischen.

Heran mit diesen Vertretern aus den Arbeiterkonsumvereinen!

Landbund-Sped.

Am Tisch hängt man Mäule. Der Landbund, der einen Agrarimpuls ertönen will, um unumkehrlicher Preisdiktator zu sein, sucht auch Arbeiter für seine Pläne zu lockern, indem er vorwirft, daß er billiges Brot, Fleisch und Milch in die Städte liefern werde. Was für ein Schwindel! Denn gleichzeitig erzählt er den Bauern, daß sie ihr Getreide teurer verkaufen können, daß sie auch das minderwertigste Fleisch lösen werden, daß heute mit ein paar Pfennigen bezahlt wird. Wie einfach man die Milchproduktion vermehren kann, daß

Betriebszellen-Zeitungen

in jedem Genossenschaftsbetrieb unternehmen wir einen Kampf gegen die Genossenschaftsreformisten und wirken für die Umwandlung der Arbeitergenossenschaft in proletarische Kampforgane.

Ueberall muß das Beispiel des „GEG-Prolet“ von Hamburg nachgeahmt werden. - Schafft

! in jedem Genossenschaftsbetrieb eine Zellenzeitung!

hat schon ein prominenter Landwirt vorarmat, indem er 45 Prozent Löhne zahlt. Das fädelnde Proletariat muß mit den Kleinbauern zusammenschließen, um die Großagrardiktatur zu verhindern.

„Neutralität“ in Theorie und Praxis.

(Arbeiter-Korrespondenz)

Die Zentralinstanzen können sich nicht genug tun in dem Schreien nach der „Neutralität“ der Genossenschaften. Sie benutzen jedes Argument, um angebliche Verletzungen dieser „Neutralität“ durch die Kommunisten schreien zu lassen. Nach dem Motto: „Kalter den Dicks“ denunzieren sie die in den Genossenschaftsbürokraten tätigen Kommunisten den hundertfachen Genossenschaftsmitgliedern und ideen, wenn es ihren Zwecken entspricht, selbst vor Verletzung der Konsumvereine nicht zurück. Das sie auch anders können, bewies der jetzt beendete Wahlkampf. Der Zentraler Bezirkskonsumverein „Vorwärts“ wählte am 30. November für die Erloosung der Erbkz-Zeit (Kreditbank) den Sozialdemokraten, Sozialisten und Zentrum zwei Tausend zur Wahlklasse zur Verfügung. Der Wahlkomitee der K.P. und K.P.D. wurde diese Wahlklasse der Benutzung des genossenschaftlichen Apparates unter der Begründung: daß der Konsumverein nicht einseitig in den Wahlkampf eingetreten wäre, von der K.P.D. abgelehnt. Wir sind überzeugt, was die Hamburger zu diesen Wahlkreisländern der „Vorwärts“-Genossenschaftsliste werden. Ob sie diesen Reichsbanner-Vereinigungen auch wie den im Konsumverein tätigen Kommunisten wegen ihrer politischen Tätigkeit Rechte und Mitspracherecht zuerkennen werden? Proletarische Genossenschaftsmitglieder, so sehr die von der Genossenschaftsbürokratie betriebene „Neutralität“ anse.

Jeder Kommunist muß Mitglied einer Arbeitergenossenschaft sein und kommunistische Genossenschaftsarbeit leisten. (Beschluß des III., IV. u. V. Weltkongresses und der deutschen Parteitage in Jena und Leipzig.) Wer nicht Genossenschaftsmitglied ist, muß sich sofort in einer Konsum-Verteilungsstelle anmelden.